

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fern-
sprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau
Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Wochen-
haus). Fernsprecher 430 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. — Geschäftsstand: Breslau. — Ver-
lag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer
Straße 50. Fernsprecher 460 39.

Anti-Kriegs-Aufgebot
der
„Arbeiter-Zeitung“
bis 15. August

Antifaschisten Alarm! Die Papenregierung plant:

Standrecht gegen Antifaschisten!

Verhärfung der Haftbestimmungen und Todesstrafe angekündigt — Neue Mordheke der Nazipresse Verstärkt den Massenselbstschuß — Mobilisiert in Betrieben, Stempelstellen zur Antifaschistischen Aktion

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtber.) Die faschistische Reichsregierung hielt gestern unter dem Vorsitz des Innenministers von Gayer eine Sitzung ab, in der die Anwendung verhärfster Maßnahmen erörtert wurde. Die Regierung beschloß eine Notverordnung über die Einsetzung von Sondergerichten und die Einführung verhärfster Strafbestimmungen für „Waffenbesitz und Terroraktionen“, wie es heißt sogar bis zur Todesstrafe, fertigzustellen.

Zwischen sollen polizeiliche Maßnahmen in härterem Maße durchgeführt werden. Die kommissarische preussische Regierung hat gestern unter Vorsitz von Bracht solche polizeilichen Maßnahmen besprochen. Wie verlautet, beabsichtigt die preussische Regierung größere Hausdurchsuchungen nach Waffen in ganzen Wohnvierteln vorzunehmen.

Diese neue Notverordnung der Papen-Regierung richtet sich nicht etwa gegen die faschistischen Mordbanden, die im ganzen Reich die Arbeiterklasse terrorisieren, sie richtet sich ausschließlich gegen die antifaschistischen Kämpfer. Sehr klar geht das aus einem Artikel der „Bölnischen Zeitung“ hervor, in dem es heißt: „Da auch die rasche und abschreckende Beurteilung solcher Attentäter unter dem Ausnahmezustand wesentlich erleichtert wird, wäre keine Befähigung in den bedrohten Gebieten wohl gerechtfertigt. Jedemfalls hat die Staatsgewalt alle Veranlassung, rücksichtslos durchzugreifen und mit allen Mitteln wieder Ruhe zu schaffen.“ Alle Urteile, die in den letzten Tagen und Wochen gefällt wurden, zeigen dasselbe Bild:

Antifaschistische Arbeiter werden zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt, während die faschistischen Mordbuben frei umherlaufen.

Das muß selbst die kapitalistische „Vossische Zeitung“ beklagen, indem sie schreibt: „Doch Nationalsozialisten wegen des gleichen Vergehens ungleich gelinder gestraft werden, als Angehörige anderer Parteien.“

Schlesische Textilarbeiter, seid wachsam!

Mannheim, 4. August. (Eig. Drahtber.) Im oberbadischen Textilgebiet sind die ersten Streikämpfe ausgebrochen. In Pforzheim trat die 250 Arbeiterinnen und Arbeiter zählende Belegschaft der Gaus-Union in den Streik, in Zell im Wiesenthal die 350 Arbeiterinnen und Arbeiter zählende Belegschaft der Spinnerei und Weberei Weg. Beide kämpfen gegen den Lohnabbau von 2 Pfennig die Stunde, der jetzt durchgeführt werden sollte unter Berufung auf den entsprechenden Schiedsspruch vom 4. Mai. Der Textilbunze Kaiser in Schopfheim hatte alle Maschinen springen lassen, um den Kampf in der Gaus-Union zu verhindern. Die Belegschaft folgte ungeachtet der „Mahnungen“ und Drohungen der reformistischen Bonzen dem Ruf der KPD.

Der Streik der Textilarbeiter in Baden ist ein Alarmzeichen für die schlesischen Textilarbeiter, insbesondere in Landeshut und im Langenbieleuer Gebiet. Die Unternehmer glauben jetzt die Zeit für gekommen, mit faschistischen Gewaltmethoden die Löhne der Textilarbeiter abzubauen zu können. Wir erinnern die Textilarbeiter daran, daß im Juni durch ein geheimes Rundschreiben der Kreisleiter Textilarbeiter angekündigt wurde, alle bisher geltenden Tarife,

Die „Schlesische Zeitung“, die offen sowohl für die Papen-Regierung als auch für Hitler eintritt, zeigt mit aller Deutlichkeit auf, gegen wen die Standgerichte, die verhärfsten Haftbestimmungen und die Todesstrafe eingeführt werden sollen. Im Verein mit der „Schlesischen Tageszeitung“, dem Organ der Nazis, betreibt diese eine unerhörte Heke gegen die Antifaschistische Aktion, gegen die KPD. Die Nazipresse, die gestern ebenfalls die Bewaffnung der SA-Banden, das Verbot der kommunistischen Partei und die „Weißjung“ aller antifaschistischen Kämpfer forderte, schwindelt jetzt wieder von „roten Terrorformationen“ und „russischen Emisariaten“, um dadurch die Morbstimmung bei den SA-Leuten anzuhalten und noch mehr zu entfachen.

Es ist bekannt, daß größere Teile der proletarischen Elemente in der SA ungeheuer enttäuscht sind.

Wir konnten gestern schon davon berichten, daß unter den SA-Proleten größte Unzufriedenheit herrscht. Durch eine neue Mordwelle versucht die Hitlerpartei diese Unzufriedenheit zu beseitigen.

Die Arbeiterklasse muß — das zeigen die Vorgänge in Königsberg und die Waffenfunde bei den Nazis im ganzen Reich — auch weiterhin wachsam sein! Der rote Massenselbstschuß muß im Betrieb, an der Stempelstelle und im Wohngebiet verstärkt und Tag und Nacht wachsam sein. Darüber hinaus gilt es, die irreführten Naziarbeiter von der Partei des Arbeitermordes loszulösen. Es beginnt unter den werktätigen Anhängern der Hitler-Partei zu dämmern. Das zeigen die Wahlergebnisse in den Ländern, wo Nazis regieren. Die Antifaschistische Aktion muß hier mit aller Kraft einziehen. Die irreführten Naziarbeiter müssen für die rote Front gewonnen werden.

Kein Arbeiter, kein Werkstätiger kann bei den Kapitalisteneichen der Hitler-Partei stehen. Es gibt nur eine Freiheitspartei, das ist die kommunistische Partei, die Führerin der Antifaschistischen Aktion, die an der Spitze des Kampfes gegen den Faschismus, für den Sozialismus, um Arbeit und Brot steht!

die Manteltarife, wie die Lohnsätze und alle sonstigen Abmachungen außer Kraft zu setzen.

Die Textilindustriellen fordern einen 32prozentigen Lohnabbau für die Andreher und Passierer, einen 20prozentigen Lohnabbau für die Weber und einen zehnprozentigen Lohnabbau für die übrigen Arbeitergruppen.

Gegen diese faschistischen Lohnraubpläne weiß die Bürokratie des Textilarbeiterverbandes den Textilarbeitern nichts anderes zu sagen, als sie auf den neuen Reichstag zu vertrösten. Das ist die größte Verhöhnung, der bis auf's Blut ausgepreßten Textilarbeiter, die insbesondere in Schlesien unter größtem Elend zu leiden haben.

Das Beispiel der Textilarbeiter in Baden, die zur schärfsten Waffe zum Streik gegriffen haben, muß auch in Schlesien einen Widerhall finden. Die Kollegen im DTV müssen gegen die Gewerkschaftsbürokratie, die mit ihrem Vertrösten auf den neuen Reichstag den neuen Lohnraub vorbereitet, energisch Stellung nehmen.

Textilarbeiter, Textilarbeiterinnen, organisiert in allen Betrieben sofort die Abwehrfront gegen jeden Lohnraub, um keinen Pfennig dazü der Hungerlohn weiter gekürzt werden. Die badischen Textilarbeiter zeigen, wie der Lohnabbau abgewehrt werden muß.

Bewaffnete SA. auch in Gleiwitz

Gleiwitz, 4. August. Am Donnerstag vormittag wurden die SA-Unterkunftsräume im katholischen Vereinshaus nach Waffen durchsucht. Die Polizei beschlagnahmte 5 Pistolen und Revolver mit Munition, ferner 253 Schuß S.-Munition, 97 Schuß Munition für Armeepistolen 08, weiter lose Revolvermunition, Ersatz- und Zubehörteile, Maschinengewehr-Pistolen und Revolver, einen Schlagring und einen Gummiknüppel. Von den Pistolen befanden sich zwei im Besitz von SA-Leuten.

Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) In Tilsit (Ostpreußen) wurden von Nazis, die auf einem Kraftwagen vorfuhrten, Revolver-

schüsse auf die Wohnung eines kommunistischen Funktionärs abgegeben. Die Fensterscheiben wurden zertrümmert. Nur durch Zufall ist niemand getroffen.

In das Schlafzimmer des Leiters der „Bayerischen Volkspartei“, Ortsgruppe Ebenhausen, wurde eine Handgranate geworfen, durch die ein großer Sachschaden angerichtet wurde.

Bei einer Hausdurchsuchung in einem Gasthaus, in dem sich eine SA-Kaserne befindet, wurden gestern zwei Maschinenpistolen, fünf Revolver und 400 Schuß Munition gefunden. Bei zwei der SA-Leute wurde der Besitz von Waffen festgestellt.

Wehe der Partei des Arbeitermordes!

Am Donnerstag nachmittag wurde in Königsberg der von braunen Mordbänden erschossene kommunistische Stadtverordnete Gustav Sauff zu Grabe getragen, während gleichzeitig der Genosse Zirpins mit dem Tode ringt und eine Anzahl schwerverwundeter Opfer des braunen Mordterrors im Krankenhaus liegt! Während gleichzeitig in Schlesien, in Niedersachsen, Hessen, Schleswig-Holstein die Hitler-Mordpest weitere Blutopfer der Arbeiterklasse gefordert hat!

Wir erheben vor aller Welt Anklage gegen die Mörderpartei Hitler! Mit uns die ganze deutsche Arbeiterklasse!

Schuldig an den viehischen Mordtaten ist in erster Linie das verbrecherische Gesindel der nationalsozialistischen Führer! Sie haben nicht umsonst ihre systematische Mordheke betrieben; sie haben nicht vergebens zur „Nacht der langen Messer“ aufgerufen! Sie haben mit Lüge, Verleumdung, mit Kopfpämien und allen Mitteln der Bluthede ihre Mordkommandos aufgedrückt!

Die Königsberger Terroraktion war planmäßig angelegt. Am Sonnabend vor der Wahl waren die SA. aus der Umgebung nach Königsberg zusammengezogen. Am Montag in der Frühe um dieselbe Minute brachen die Mordkommandos auf den verschiedenen Stellen los! Diese Aktion war von langer Hand vorbereitet. Die Wohnungen der Opfer waren vorher ausgefundschastet, so daß die Mörder geradewegs in die Schlafzimmer eindringen konnten. Die Bewaffnung mit Revolvern, mit Brandgranaten und Sprengbomben war systematisch organisiert! Genau so waren die Bombenattentate in Schleswig-Holstein planmäßig organisiert und durchgeführt.

Das feige, verbrecherische Gesindel der Naziführer, das diese Mordkommandos ausandte, heuchelt „Unschuld“. Der Königsberger Nazi-Gauleiter Koch, einer der charakterlosesten Buzischen (was viel heißen will) unter den Führern der Hitlerpartei, hat die Terroraktion organisiert; aber er hat die von ihm ausgesandten SA-Trupps nach ihren Blutdaten einfach fallen lassen! Dies kennzeichnet die ganze Ver lumpung dieser Kerle, die sich so gern als die „sittlichen Erneuerer Deutschlands“ aufspielen! Sowohl der Gauleiter Koch wie der Königsberger Nazi-Redakteur Dr. Pau haben am Sonntagmorgen, sobald sie gewäscht hatten, so schnell sie konnten, die Stadt verlassen: sie wollten sich ein Alibi schaffen! Die übrigen Königsberger Naziführer hatten Anweisung, sich in der Nacht illegal zu halten! Sie waren in Kenntnis der geplanten Terroraktion! Sie sind die Hauptangeklagten!

Das Führerpaar um Hitler, das sich als Träger des „nationalen Deutschlands“ aufspielt, möchte keine Fuldschuld verdienen, möchte den niederschmetternden Eindruck verwischen, den die viehischen Mordtaten und Attentate auch in breiten Schichten der nationalsozialistischen Anhängererschaft hervorgerufen haben. Sie wissen zu gut, daß, wenn heute in Königsberg noch einmal gewählt würde, sie neun Zehntel ihrer Stimmen verlieren würden! Denn die große Masse der kleinen Gewerbetreibenden, Beamten, Angestellten, Intellektuellen, welche die nationalsozialistische Liste gewählt haben, wollen mit diesem Mordsystem nichts zu tun haben.

Aber all die verlogenen Ausreden, welche die Naziführer sonst für ihre bestialischen Mordtaten fanden, sind bei der Königsberger Terroraktion unmöglich. War es etwa die Folge einer „Provokation“, daß die Mörder aus Hitlers SA. in die Wohnung des Genossen Sauff eindrangen und den Schlafenden in seinem Bett ermordeten? War es vielleicht „Notwehr“, daß sie in die Wohnung des Genossen Zirpins eindrangen und ihn mit drei Kopfschüssen niederstreckten? War es etwa der „Hag gegen den Marxismus“, daß sie bei dem ehemaligen Regierungspräsidenten von Bahrfeld, der der Deutschen Volkspartei angehört, eindrangen, um ihn niederzuschießen?

Es ist eine Verdrehung der Tatsachen, wenn eine feile Kapitalistenpresse es so hinstellen will, als ob die Königsberger Terroraktion die Tat „unverantwortlicher“ oder „kopflöser“ oder „ver zweifelter“ Elemente gewesen sei. Ein Blick in die Presse der NSDAP. zeigt, daß die Mordheke zum politischen System der Hitlerpartei gehört, ein Blick in die Literatur des Faschismus zeigt, daß genau so wie in Italien, in Polen, in Ungarn, so auch in Deutschland

der politische Mord eine Hauptwaffe des Faschismus ist! Auf dem Wege des blutigen Verbrechens hat Mussolini für den italienischen Faschismus die Macht erobert, haben

Genosse Gustav Pusch seinen Verletzungen erlegen!

Genosse Gustav Pusch, Funktionär der SPD, ist gestern abend um 10.30 Uhr seinen Verletzungen erlegen. Der Genosse wurde am Sonntag von den SA-Banden in der Straße angegriffen.

Die Illuditi und Vorhau ihr Statuergeme errichtet! So will es auch die Sittlichkeit!

Wir Kommunisten und mit uns die ganze Klassenbewusste deutsche Arbeiterklasse lamentieren und greinen nicht, sondern wir belgen die Fahne zusammen und legen am Grabe unserer ermordeten Klassengenossen und Mitkämpfer den Schwur ab:

Diesem Mordterror des Faschismus muß ein Ende gesetzt werden! Wir wenden uns nicht, wie die Führer der SPD mit Klagen, Beschwerden und schmachvollen Bitten an Hindenburg, an Papen, an Bracht. Wir wissen, daß wir vom Staat der Bourgeoisie, von dieser Regierung, von ihrer Polizei, von ihrer Justiz keinen Schutz zu erwarten haben!

Wir haben nicht vergessen, wie die Herren von Papen und von Schleicher, von Gaal und Bracht die Kommunistische Partei und ihre Anhänger als Staatsbürger zweiter Klasse erklärt haben, die sie nicht mit den Nationalsozialisten auf eine Stufe stellen könnten. Wir übersehen nicht, wie diese Regierung täglich der Hitlerpartei schmeichelt. Wir haben vorausgesehen und vorausgesagt, daß sich alle Erlasse und Proklamationen dieser Regierung nur gegen die Arbeiterklasse richten würden, nicht gegen die braunen Mordbanden Hitlers! Wir haben nicht die geringsten Illusionen, als ob diese Regierung dem Terrorregime der Partei des Arbeitermordes Einhalt gebieten würde!

Denn die Papen, Schleicher, Gaal und Bracht stützen sich ja auf die nationalsozialistische Partei des Arbeitermordes!

Wir sind keine Aidsköpfe, zu hoffen, daß sie sich ihrer politischen Stütze berauben würden! Wir wissen vielmehr, daß die Forderungen der nationalsozialistischen Mordheker nach einem Verbot der SPD und der Zerstückelung aller Arbeiterorganisationen, nach Einsetzung von Standgerichten gegen die Arbeiterklasse und Übertragung der Polizeigewalt an die braunen Mordbanden den Wünschen derselben kapitalistischen Kreise entgegenkommen, welche hinter der Regierung Papen-Schleicher-Gaal-Bracht stehen!

Darum sagen wir den Arbeitermassen in aller Klarheit:

Nur die zusammengeballte Macht der Arbeiterklasse selbst kann dem braunen Mordterror Einhalt gebieten!

Die Kommunistische Partei hat immer wieder ihre Kraft daran gesetzt, die Arbeiterschaft von individuellen Terrormaßnahmen zurückzuhalten. Sie tut dies auch jetzt erneut und mit allem Nachdruck, getreu den Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer großen Führer Marx, Engels, Lenin! Denn nicht mit irgendwelchen terroristischen Einzelaktionen kann der Faschismus geschlagen werden, sondern nur durch die riesige Kraft des zum politischen Kampf entschlossenen Proletariats!

Roter Massenelbstschutz an allen Orten und auf breiter Grundlage, umfassend alle Arbeiter ohne Unterschied des Parteibuchs und der Organisation!

Rote Einheitsfront in den Betrieben und an den Sternstellen, in der die Kommunisten mit den sozialdemokratischen Arbeitern, die NSDAP-Kollegen mit den freigewerkschaftlichen und christlichen Arbeitern, die Gewerkschaften mit den Reichsbanner mit denen vom Antifaschistischen Kampfbund zusammenzuschließen und gemeinsam kämpfen!

Antifaschistische Aktion, die alle Schichten des Proletariats umfaßt, die in die Schichten der Beamten und Angestellten, der kleinen Gewerbetreibenden und kleinen Bauern eindringt!

So und nur so werden wir den Faschismus schlagen!

Die nationalsozialistische Partei des Arbeitermordes ist eine Saat, die sichtbar aufgehen wird! Es kommt der Tag der politischen Abrechnung! Dann wehe dem Faschismus! Daß dieser Tag bald komme, darauf soll die ganze deutsche Arbeiterschaft ihre höchste Kraft konzentrieren!

In der Sowjetunion gibt es keinen Faschismus, weil dort die Kapitalistenklasse vernichtet ist, die in Deutschland den Faschismus organisiert und finanziert, weil dort das Proletariat die Macht in der Hand hat und jeden Keim der Konterrevolution liquidieren kann!

In der Antifaschistischen Aktion werden wir den Terror des Faschismus brechen, in der roten Einheitsfront werden wir den Faschismus austrotzen! Darum:

alle ihr Arbeiter und Arbeiterinnen, die ihr noch fern steht, und insbesondere ihr sozialdemokratischen, freigewerkschaftlichen und Reichsbannerarbeiter, das Blut eurer und unserer ermordeten Kameraden mahnt:

Her zur roten Einheitsfront!
Her zur Antifaschistischen Aktion!
Schulter an Schulter kämpfend für Arbeit, Brot und Freiheit der Arbeiterklasse werden wir den Faschismus schlagen!

Bergarbeiter Belgiens fordern Generalstreik

Brüssel, 5. August. (Eig. Drahtber.) Die Bergarbeiter in der Provinz Hennegau und Zentralen Reviere haben die Streikabwägungsvorschläge des belgischen Arbeitsministers aufs schärfste abgelehnt und sich für die Fortsetzung des Streiks ausgesprochen. Sie fordern erneut die Proklamation des Generalstreiks. Die Erregung unter den Streikenden und der übrigen Arbeiterschaft ist im Nachhinein, sie wird durch den Einzug von Militär zu Streikbrüch- arbeiter noch gesteigert. Die Streikenden haben an die Eisenbahner einen Aufruf gerichtet, keine Kohlen mehr zu transportieren, die von Militär in den Streikgebieten gefördert wird.

Hamburger Arbeiterschaft demonstriert

Hamburg, 5. August. (Eig. Drahtber.) Gestern abend fanden in Hamburg in verschiedenen Stadtteilen spontane Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg statt. Die Hafenarbeiter demonstrierten im Hafenviertel, wo sich ihnen Polizei mit gezogenen Revolvern entgegenstellte. Große Demonstrationzüge bildeten sich ferner in der Cuxhavestraße sowie in Barsbed, wo Polizei eingriff, und in Sankt Pauli.

Riesige Kundgebung am Grabe des Genossen Sauff

Trotz Verbot demonstrieren in Königsberg Zehntausende — Zahlreiche Betriebe im politischen Massenstreik — Eisenbahner-, Reichsbanner-, SPD- und kommunistische Arbeiter in einer Front

Königsberg, 1. August. (Eig. Drahtber.) Unter gewaltiger Beteiligung der Königsberger Arbeiterschaft fand heute nachmittag die Einäscherung des von den nationalsozialistischen Mordbanden ermordeten kommunistischen Stadtverordneten Gustav Sauff statt.

Zu den schon gestern mitgeteilten Betrieben waren eine Reihe neuer Baustellen und Betriebe, insgesamt 15, während der Einäscherung in den Proteststreik gegen faschistischen Terror getreten. Die Besetzungen nahmen geschlossen an der Trauerkundgebung teil.

Prachtskommissarischer Polizeipräsident hatte in einem Schreiben an die SPD, das Verbot des Trauerzuges ausgesprochen. Starke Polizeikommandos zu Fuß und zu Pferde mit Karabinern waren aufgebogen. Die Leiche war in letzter Minute von der Polizei beschlagnahmt und auf Nebenstraßen ins Krematorium übergeführt worden, was eine ungeheure Empörung unter der gesamten Arbeiterbevölkerung auslöste.

Trotzdem sammelten sich am Leichenschauhaus Oberlaak starke Menschenmengen an. Die Polizeimannschaften wurden sehr rigoros gegen die empörten Arbeiter eingesetzt. Unter Vorhalten der Karabiner, directes Aufdie-Brustsetzen wurden den Arbeiterdelegationen

die Fahnen entziffen, u. a. eine Fahne der Eisenbahnerdelegation und drei Fahnen von Königsberger Organisationen.

Arbeiterdelegationen wurden angehalten und wegen „Gefährdung der Staatssicherheit“ wurden von einigen Kränzen die Schleifen abgedreht.

Die stark vertretenen Eisenbahnerdelegationen aus Altenstein, Jastrowitz, Stalupönen und anderen ostpreussischen Orten ließen sich trotzdem nicht nehmen, zusammen mit den Königsberger revolutionären Eisenbahnern geschlossen durch die Stadt bis zum Krematorium zu marschieren.

Außerordentlich stark war die Beteiligung der sozialdemokratischen Arbeiter. Starke Reichsbannerdelegationen waren in Uniform erschienen. In Arbeiterstraßen war zur Trauer geflaggt. Kleingewerbetreibende schlossen ihre Läden, z. B. in der Grolmannstraße, in der Zeit von 2 bis 4 Uhr.

Da in dem überfüllten Trauerraum nur ein Bruchteil der Demonstranten Einlaß finden konnte, fanden in der Umgebung der Leiche und vor dem Friedhof noch ungefähr 10 000 Arbeiter und Arbeiterinnen statt.

In den Ländern wo Nazis regieren laufen ihnen die Wähler davon

„Wo wir regieren, kommt das Volk zu uns!“ So versucht der „Angriff“, das Berliner Naziblatt, am 3. August den Mißerfolg der Nazi-Partei bei den Reichstagswahlen in das Gegenteil umzuwälzen. Afrobatistische Rechentunskünste werden gemacht, um eine „glänzende Rechtfertigung des Nazitums“ herauszuschwindeln. Wie steht es in Wirklichkeit in den Ländern, wo die Nazis regieren?

Anhalt: Eine reine Naziregierung. Die bürgerliche Mitte (Staatspartei, Wirtschaftspartei, DVP, DNVP) verlor insgesamt 14 010 Stimmen. Die NSDAP konnte nicht einmal — trotz härterer Wahlbeteiligung — diese Stimmen auffangen. Sie gewann gegenüber 89 602 Stimmen bei der Landtagswahl nur 12 796 Stimmen. Dagegen hat die SPD 4448 Stimmen gewonnen und die SPD 4476 Stimmen. Auch beim Zentrum ist eine Zunahme (400) zu verzeichnen. Die Naziregierung hat also keine Mehrheit mehr. Nach den Ziffern der Reichstagswahl würde die Rechtsmehrheit (20:16) verschwinden und einem Gleichgewicht (18:18) Platz machen.

Oldenburg: Die Nazis hatten bei den Landtagswahlen eine absolute Mehrheit erreicht. Diese Mehrheit ist jedoch durch die Reichstagswahlen wieder verloren gegangen. Obwohl die Nazis auf Kosten der bürgerlichen Mitte 14 000 Stimmen gewonnen haben, wurde die Mandatsverteilung auf Grund der Reichstagswahl folgendermaßen ausfallen: Nazis 21 (24), SPD 3 (2), SPD 10 (9), Zentrum 8 (7), DNVP 3 (2), Staatspartei 0 (1), Landvolk 0 (1). Während die Nazis bei der Landtagswahl 24 von 46 Sitzen erhielten, würden sie nach Maßgabe der Reichstagswahl — trotz erheblich stärkerer Wahlbeteiligung, trotz Aufsteigens der bürgerlichen Mitte — nur 24 von

48 Sitzen erhalten. Die SPD jedoch hat 50 Prozent gewonnen.

Mecklenburg: Dort haben die Nazis bei den Landtagswahlen ebenfalls die absolute Mehrheit erhalten, 30 von 59 Sitzen. Trotz der stärkeren Wahlbeteiligung würden sie nach den Reichstagswahlen nur 30 Sitze von 66 innehaben. Die SPD dagegen hat um 50 Prozent Stimmen gewonnen.

Braunschweig: Dort regiert der Naziminister Lagge. Die Antwort auf seine faschistische Regierungstätigkeit ist eine Zunahme der SPD-Stimmen um 40 Prozent.

Koburg: In diesem „Nazi-Paradies“ gewannen die Nazis ganze 3,6 Prozent auf Kosten der Bürgerlichen. Die SPD dagegen erhöhte ihre Stimmen um 112,9 Prozent, während die SPD verlor. Das ist die Wahrheit, die kein noch so lautes Lügengeschrei der Nazis überdönen kann.

Wo die Nazis regieren, da müssen die Werktätigen noch mehr hungern, noch mehr Steuern zahlen, da treten die Terrorbanden der SA noch frecher und provokatorischer auf.

Aber die Arbeiter schließen dort immer enger das Bündnis in der Antifaschistischen Aktion. Sie schaffen dort Aufklärung über die wahren Ziele der Nazi-Partei, sie entlarven die heuchlerischen Versprechungen der Nazis und zeigen den Werktätigen das wahre Gesicht dieser Preisfechter des Kapitalismus. Das zeigen die Wahlergebnisse in den Ländern, wo die Nazis regieren.

Die herrschende Klasse ist für die Nazis, aber die Unterdrückten, die Arbeiter und Angestellten und die werktätigen Bauern scharen sich immer fester um die SPD, der einzigen Führerin im Kampf gegen Faschismus und Kapitalismus.

SA-Führer als Devisenschieber und Waffenschmuggler

Waffen aus französischen und belgischen Fabriken

Wie aus Köln gemeldet wird, wurde in Gutzlirchen ein Agent verhaftet, der im Dienste einer nationalsozialistischen Waffenschmuggler-Organisation dabei war, geschmuggelte belgische Pistolen zu verkaufen. Bei dem Verhafteten fand man eine Auflistung, wonach er in den letzten Wochen über 1000 belgische Pistolen an die SA-Banden in Köln-Nach und anderen Städten geliefert hat. Nach weiteren Feststellungen ist der verhaftete Agent Mitglied einer von Nazi-Führern organisierten Bande von Waffenschmugglern, die seit Monaten Tausende von Mordpistolen aus Belgien und Frankreich bezogen haben, um die braunen Mordbanden Hitlers zu bewaffnen. Die Schmuggler waren in großem Maße mit Devisen und ausländischer Valuta versehen.

In Aachen wurde ein Nazi ebenfalls beim Verkauf belgischer Pistolen verhaftet. Man fand außer einer solchen Pistole noch eine Rechnung über fünf gelieferte Pistolen und Wichtstücke nebst Munition bei ihm.

Die Meldungen über die Bewaffnung der SA-Banden häufen sich. Aus französischen und belgischen Fabriken stammt ein großer Teil der Mordwaffen. Nur mit Hilfe großkapitalistischer Gelder ist ein solcher Waffenkauf möglich.

Die Arbeiterschaft weiß, was von den Terror-Truppen der Unternehmer zu erwarten ist. Um so fester muß sich die Einheitsfront der Antifaschistischen Aktion festigen.

Absolute Mehrheit für rote Einheitsliste

Im Betrieb Schusterinsel in Weil (Pfalz) fand in den letzten Tagen eine Neuwahl des Betriebsrats statt. Die Wahl brachte der roten Einheitsliste die absolute Mehrheit. Von 428 abgegebenen Stimmen erhielten:

Rote Einheitsliste	230 Stimmen = 6 Sitze.
Freigewerkschaftliche Liste	70 Stimmen = 1 Sitz.
Nationalsozialisten	128 Stimmen = 3 Sitze.

Von besonderer Bedeutung ist das Stimmresultat der Nationalsozialisten. Die Nazis hatten im Betrieb eine Unterschriftenjammung

Anträge der SPD-Fraktion an den preussischen Landtag


Berlin, 5. August. (Eig. Drahtbericht.) Die kommunistische Landtagsfraktion hat für den Zusammentritt des Preussischen Landtages am 16. August, eine Reihe Anträge eingebracht. Auf Grund der Königsberger Vorgänge verlangt die SPD-Fraktion die Auflösung aller SA- und SS-Truppen und die Schließung sämtlicher Nazikaserne. Ein weiterer Antrag verlangt die Aufhebung der Notverordnung vom 20. Juli, durch die die Reichsregierung in Preußen verjagt wurde. Ein dritter Antrag verlangt die Aufhebung der Verbote proletarischer Zeitungen, die Aufhebung der Notverordnung vom 29. Juni über „die Sicherung des inneren Friedens“. Ferner ist ein Mißtrauensantrag gegen den Nazilandtagspräsidenten Kerrl eingebracht.

„Die Kämpferin“ acht Wochen verboten

Der Berliner Polizeipräsident Melcher hat die kommunistische Frauenzeitung „Die Kämpferin“ auf acht Wochen, bis zum 26. September, verboten. Das Verbot wird begründet mit einem Artikel über die Rolle der Kirche bei der Vorbereitung des Krieges gegen die Sowjetunion. Dieser Artikel ist bereits Ende Juni erschienen, das Verbot wurde also erst vier bis fünf Wochen nach Erscheinen des Artikels ausgesprochen.

Das ist das dritte Verbot der „Kämpferin“ wegen angeblicher Beschimpfung der Kirche. Besonders bemerkenswert an der Verbotbegründung ist, daß der Polizeipräsident einer Photographie vom Fronleichnam einen Sinn unterstellt, der in der Zeitung überhaupt nicht zum Ausdruck gebracht worden war.

Das Verbot der kommunistischen Frauenzeitung liegt durchaus in der Linie des Feldzuges der Papen-Diktatur gegen den Kommunismus. Setzt alle Kräfte zur Verteidigung der kommunistischen Presse ein! Kämpft für die uneingeschränkte Pressefreiheit für das Proletariat!



In diesem Zeichen müßt ihr kämpfen!
In diesem Zeichen werden wir siegen!

Der nazifreundliche „General“!

Breslau. Wenn die nazistische Sägenstange gerade in Breslau denart verheerende Folgen haben konnte, so liegt das zum Teil daran, daß nicht weniger als drei Tageszeitungen sich hier als Zutreiber des Sakereizunsinns betätigten. Außer dem eigentlichen Nazi-Blatt gehört dazu die „Schlesische Zeitung“ und der „General-Anzeiger“, dessen „Ueberparteilichkeit“ sich jeden Tag immer wieder aufs Neue erweist. Während dieses schändlichen Blattes über die Verdrängung des in Oslau getöteten Nazi einen spaltenlangen Bericht brachte, in dem die lächerlichsten Phrasen des Fememörders Heines unverfälscht wiedergegeben wurden, haben es die „unparteilichen“ Schmöckers von der Weidenstraße nicht für notwendig erachtet, zu der Beilegung des von den Nazis ermordeten Jungarbeiters Rudi Günther am Sonnabend einen Berichterstatter zu entsenden. Man brachte lediglich den die Ereignisse völlig entstellenden Polizeibericht, der zudem über die Vorgänge am Grabe kein Wort enthielt.

Wie es um die „Neutralität“ der „Neuesten Nachrichten“ bestellt ist, das sieht man auch wieder aus der Dienstadt-Nummer des Blattes. Während man aus dem Vorhandensein einer Trillerpfeife bei einem in Hamburg erschossenen Arbeiter den Schluß zieht, daß es sich um den Führer einer kommunistischen „Terror-Gruppe“ handeln müsse, obwohl solche „Terror-Gruppen“ und „Dachschützen-Abteilungen“ nur in der verkommenen Phantasia dreckiger kapitalistischer Solbschreiber existieren, markiert man auf der anderen Seite Ahnungslosigkeit. In Königsberg wurde am Montag ein kommunistischer Stadtverordneter ermordet und auf eine Reihe von anderen Arbeiterfunktionären Anschläge verübt. Jedes Kind weiß, daß hier nur Nazis als Täter in Betracht kommen können. Nur der „General“ stellt sich dumm und schreibt: „Es ist noch nicht einwandfrei festgestellt, zu welcher politischen Richtung die Täter gehören.“ In Braunschweig wurden am Montag von Lastwagen aus durch Nazis Sprengkörper gegen Verkehrssolake der SPD und des Reichsbanners geworfen. Und was schreibt der harmlose „General“? Nun, folgendermaßen: „Bisher konnte nicht festgestellt werden, von welcher Seite die Anschläge ausgingen.“ Am Montag wurden in die Privatwohnung des von Papen seines Amtes enthabenen SPD-Landrats Gaultig in Halberg drei Revolverkugeln abgebeutet. Dazu schreibt der „General“ wieder: „Ob dem Anschlag politische Motive zugrunde liegen, konnte noch nicht festgestellt werden.“

So geht das in den „Neuesten Nachrichten“ Tag um Tag. Heraus darum mit den arbeiterfeindlichen bürgerlichen Presseheften aus allen Arbeiter-Gaushalten! Jeder Klassenbewußte Arbeiter und Antifaschist liebt die „Arbeiter-Zeitung“.

Die Angreifer werden freigesprochen

Neht Reichsbannerleute, die am 1. Juli angeblich den Nazi Kieffewer überfallen haben sollten, standen gestern vor dem Schnellgericht. Ungeheuerliche Klagenurteile wurden gefällt gegen die Reichsbannerleute Weniger, Stern und Hartel, die wegen Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Hartel erhielt zusätzlich wegen Waffenmißbrauch eine Geldstrafe von 30 Mark oder 6 Tage Gefängnis. Wie uns erinnerlich ist, handelt es sich bei diesem Vorfall nicht um einen Ueberfall der Reichsbannerleute auf Nazis, sondern umgedreht, Nazis überfielen in der Schrotgasse Angehörige der „Eisernen Front“, wobei ein Reichsbannerkamerad durch einen Schlag auf den Kopf schwer verletzt wurde. Wieder lautet das Urteil: Die Angreifer werden freigesprochen, die Angegriffenen und zu Boden Geschlagenen werden mit ungeheuerlichen Strafen belegt.

Ein Brügel-Pädagoge

scheint der Lehrer Kusche aus der Fleischhauerschule 46 zu sein. Einige Kinder, die bei ihm Unterricht nehmen, berichteten uns, daß er mit brutaler Gewalt oftmals auf die Kinder einschlägt. Ein besonderes Stüdchen leistete sich dieser Herr vor einigen Tagen; da mißhandelte er einen Jungarbeiter, der ihm auf Grund seiner körperlichen Größe noch als Schuljunge vorlam, auf der Straße, schleppte ihn nach dem Schulhof, verdrehte ihm die Arme und schlug ihn an ein ebernes Geländer.

Arbeitereltern, habt Acht auf eure Kinder, laßt sie nicht mit faschistischen Terrormaßnahmen in den Schulen erzziehen. Arbeiterkinder, kämpft mit den roten Pionieren für die Forderungen aller Arbeiterkinder.

Ein Arbeiterkämpfer

Die „Freie Vereinigung der Kriegsofer, Arbeitsinvaliden und Rentner“ ersucht uns um Veröffentlichung nachstehender Notiz:

„Laut Beschluß der Vorstandssitzung vom 21. 7. 1932 ist gemäß Paragraph 3 der Bundesstatuten, das Mitglied und ehemaliger Reichsberater, Georg Kiewitz, rechtskräftig ausgeschlossen.“

Es stehen ihm keinerlei Rechte an den Bund und dessen Kasse zu. Herr Kiewitz wird aufgefordert, binnen 14 Tagen, sämtliche Utensilien, die sich noch in seinem Besitz befinden, gebührenfrei zurückzugeben, inkl. der Pendants der Mitglieder, die die Rückgabe derselben durch den jetzigen Vorstand zurückfordern.“

Zu vorstehender Angelegenheit teilt uns der „Internationale Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit e. B.“, die einzige Organisation, die mit altem Ernst die Interessen aller Kriegs- und Arbeitsopfer vertritt, mit:

Kiewitz war es lange Zeit hindurch möglich, als verkappter Faschist auch eine Gastrolle im J. B. Breslau zu geben. Sein ganzes Streben war, nach hier vorliegenden schriftlichen Beweisen, auf eine Amtstellung beim J. B. gerichtet, und als er diese nicht erhalten konnte, inkreditierte und schädigte er den Bund in jeder nur erdenklichen Form. Die Kassenführung im J. B. war eine einzige Kette von Unterschlagungen und Korruptionen, durch diefen „fauberen“ Burschen. Sollte eines unserer Mitglieder ein Besuch oder ein Verfahren durchgeleitet haben, so mußte er erst ein kleines Bankkapital für diesen „Rechtsberater“ verwenden und wenn ihm sein Mandant nicht die „Lohn-Mark-Stücke von allen Seiten in die Taschen steckte, so hatte er im befürchten, daß ihn diese Blüte von „Rechtsberater“ nicht vertrieb.“

Als die Funktionäre des JB. ihn durchschaute hatten und ihn wegen seiner Schwindeleien ausschließen wollten, ergriff der „Feld“ des Kassenpaniers und suchte die Mitglieder in der niedrigstgelegten Weise gegen die JB-Leitung auf. Auf Grund seiner angeborenen Schwindelleien war es ihm möglich, einen Teil der Mitglieder mit sich zu nehmen, von denen jedoch der größere Prozentsatz bald sein Mandat durchschaute und wieder zum JB. zurückkehrte.

Da die Mitglieder dieses Bundes ebenfalls auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, dürfte es ihnen nicht schwer fallen, den Weg zu der Organisation, von der sie gegangen sind, und wo sie im Interesse des werktätigen Proletariats gehören, wieder zurück zu finden.

Polizei-Aktionen gegen Arbeiter, Frauen und Kinder

Stahlhelmer läßt Proleten ermitteln

(Arbeiterkorrespondenz)

Oels. Am Sonnabendvormittag kam es hier zu einer großen Polizeiaktion gegen die Oelser Arbeiterschaft. Den Anlaß dazu gab die Ermittlung des Genossen Wachsmann auf der Dornschneestraße 16. Die Erwerbslosen, die davon Kenntnis genommen hatten, waren zahlreicher erschienen und protestierten scharf dagegen. Als der Gerichtsvollzieher erschien, erüchte der Genosse W. diesen sowie die Mitglieder des Erwerbslosenausschusses, zum Bürgermeister mitzukommen, um eine andere Wohnung für sich zu erhalten, andernfalls die Ermittlung zu verhindern.

Wachsmann wohnte bisher bei dem Stahlhelmer Kleindienst als Untermieter, der von W. die Bezahlung der Miete forderte, obgleich derselbe keinerlei Unterstützung erhält und obgleich der Stahlhelmit selbst seit Januar keine Miete mehr bezahlt hat. R. hatte in seiner Wohnung bereits eine Anzahl Stahlhelmmittglieder zur Räumung der Wohnung Geherbergt. Als nun dieser „Held“ die Erwerbslosen auf der Straße sah, wurde ihm vor seiner eigenen Courage bange, und mit Hilfe des Bürgermeisters Wosjes rief er die Polizei. Diefelbe rückte sofort an und schlug wahllos mit dem Gummiknüppel in Frauen, Kinder und Männer ein.

Inzwischen kam auch Genosse Kaczmarek vom Rathaus. Als er seine Wohnung betreten wollte, kam der Hauptwachmeister Urban, dessen Sohn Ed.-Mann ist, auf N. zu und rief: „Naus!“ N. darauf erwidern wollte, daß er hier wohne, schlug Urban sofort mit dem Gummiknüppel auf ihn ein. Bewohner des Hauses, die gegen die Brutalität protestierten, wurden ebenfalls geschlagen. Eine Frau des Hauses wurde derart geschlagen, daß sie in ihrer Verzweiflung ein altes Büdnabelgewehr, welches zur Zierde in der Wohnung hing, nahm und sich damit wehrte. Urban zog seine Pistole und schoß dar-

auf in die Wohnung der Frau. Ein Arbeiter, der sich zurzeit in der Wohnung befand und der sich schnell nach der Seite bog, erhielt einen leichten Streifschuß an der Wange. Alle Wohnungen wurden von der Polizei, die ihre Pistolen gezogen hatte, durchsucht. Man suchte einen Tschako, der bei dem Durcheinander verloren gegangen war.

Auch als Genosse Wachsman von der Rückfrage mit dem Bürgermeister vom Rathaus zurückkam und in seine Wohnung gehen wollte, wurde er verprügelt und verhaftet. Auf dem Wege bis zur Wache wurde ständig auf ihn eingeschlagen. Auf der Breslauer Straße, in der Nähe des Kaufmanns Liebig, zog ein Beamter die Pistole und ging auf W. los, biaweil derselbe nicht schnell genug lief. Liebig ermunterte die Polizei durch Zurufe zum Schlagen.

Auch Genosse Kaczmarek und der parteilose Arbeiter Schönbalk wurden verhaftet und nach drei Stunden ins Gerichtgefängnis eingeliefert. Angehörige derselben hatten sich vor dem Tor des Gerichtgefängnisses eingefunden und wollten sich verabschieden. Eine Arbeiterin, die sich auf Verweigerung der Polizei nicht schnell genug entfernte, wurde mit dem Gummiknüppel bearbeitet und ihr das Kleid heruntergerissen. Als ihr Ehemann, der ein Kind auf dem Arme trug, dagegen protestierte, wurde auch er niedergeschlagen und sofort mit ins Gefängnis eingeliefert.

Erst am Sonntag früh wurden die Eingelieferten dem Untersuchungsrichter vorgeführt, mußten jedoch wieder auf freien Fuß gelassen werden. Die Arbeiterschaft muß aus dem brutalen Vorgehen der Polizei, das dem der Nazihorden gleicht, ihre Lehren ziehen und sich mehr denn je in der Antifaschistischen Aktion zum Kampf gegen Rotverordnungsdictatur, Faschismus und Ermittlungen in roter Einheitsfront zusammenfinden.

Nazi-Straferpedition gegen Stabelwiker und Marschwiker Arbeiterschaft verhindert

Deutsch-Wissa. Auch in der hiesigen Umgebung haufen seit einigen Tagen die faschistischen Horden. Am Sonnabendabend provozierten sie aus der Versammlung heimkehrend vor dem Volksheim Lokal stehende Arbeiter. Da sie sich jedoch zur Wehr setzten, zogen sie ab nach Stabelwik. Hier verühten sie daselbst Manöver und wurden ebenfalls in die Flucht geschlagen. Sie riefen die Polizei an, markierten die Ueberfallenen, und am Sonntagmorgen verhaßte tatsächlich die Polizei wahllos einige Genossen vor dem Wahllokal. Der Kaufmann Glaser aus St. soll sich hierbei besonders als Denunziant betätigt haben. In der Nacht vom Sonntag zu Montag verjuchten die Nazibanditen die Wohnung unseres Genossen Wolf zu stürmen und schlugen mit Steinen die Fenster Scheiben des genannten Genossen ein.

Auch gegen am Sonntagabend die Nazis ihre Nordbanditen aus Hermannsdorf und Rathen in Deutsch-Wissa zusammen. Einige Arbeiter, die bemerkt hatten, daß auf dem Hof des Nazilokals „Deutsches Haus“ sich die SA-Banditen fertig machten, um mit einem Lastauto wegzufahren, gingen in den Hof und hörten, als ein SA-Mann zum Schutzpolizeikommando bei der Durchsuchung eines SA-Trupps eine Pistole, ein Trommelrevolver und Munition gefunden hat, und daß bei dem Maler F. (vom dem die Polizei absichtlich keinerlei Angaben macht, wer F. ist) eine Asteniasche mit vier verpackten Pistolen, ein Trommelrevolver, eine Schredschußpistole und einige Schlagwerkzeuge beschlagnahmt wurden.

Gegen diese vorbereiteten und planmäßigen faschistischen Ueberfälle muß der rote Massenschuß und die gesamte werklätige Bevölkerung mobilisiert werden.

Schutzpolizeikommando bei der Durchsuchung eines SA-Trupps eine Pistole, ein Trommelrevolver und Munition gefunden hat, und daß bei dem Maler F. (vom dem die Polizei absichtlich keinerlei Angaben macht, wer F. ist) eine Asteniasche mit vier verpackten Pistolen, ein Trommelrevolver, eine Schredschußpistole und einige Schlagwerkzeuge beschlagnahmt wurden.

Gegen diese vorbereiteten und planmäßigen faschistischen Ueberfälle muß der rote Massenschuß und die gesamte werklätige Bevölkerung mobilisiert werden.

Die beste Antwort für den Nazi-Ausbeuter

(Arbeiterkorrespondenz)

Hennigsdorf. Der Nazi-Ziegeleipächter, seiner früheren Herrschaft Würde angeklagt, ließ einige Tage vor der Wahl die ganze Ziegelei mit Dakreuzplakaten bemalen. Aber auch die dort Beschäftigten Arbeiter ließen es sich nicht nehmen und forderten durch Anbringen von Plakaten der SPD. auf zur Wahl der Liste 3. Das ärgerte den Nazi-Pächter sehr, doch trotzdem er unsere Plakate abreißen ließ, standen am Sonntag die Dorfer Gassenau und Hennigsdorf im Zeichen der Liste 3. Jetzt wurde er erst recht milde. Als am Sonntag vormittags ein ihm bekannter Arbeiter an ihm vorbeiging, stürzte sich der Obernazi auf ihn zu und brüllte ihm an, als wäre er im „Dritten Reich“: „Warum haben Sie unsere Plakate abgerissen?“ und als der Arbeiter sich diesen Kerl mitteillos und achselzuckend anlaß, da ging es wie bei einer Dreckschleuder weiter: „Sie verfluchter Hund, machen Sie, daß Sie nach Moskau kommen, ... Sie Kohnase, dreckige, ... ich werde Sie schon noch egerzieren lassen usw.“ Der Nazi-Ziegeleipächter, der es darauf angelegt hatte, durch seine Provokationen einen Zusammenstoß herbeizuführen, um dann die Polizei holen zu können, hatte jedoch bei unserem Genossen kein Glück, der ließ sich trotz der blöden Angriffe dieses „Herrn“ nicht aus der Ruhe bringen. Um so mehr hat aber die Arbeiterschaft des Ortes am Sonntag diesem Obernazi die Duntlung dafür gegeben, indem sie sich zur Antifaschistischen Aktion und zur SPD. bekannte. Während die Stimmen der bezahlten Kapitaltsknechte der Nazis zurückgingen, wuchsen die der SPD. von 25 auf 41, also ca. 75 Prozent. Das war die beste Antwort, die die Arbeiterschaft diesem „Helden“ des „Dritten Reiches“ geben konnte. Nun erst recht in roter Einheitsfront gegen Faschistenterror und Rotverordnungsdictatur!

Fürsorge-, Nothstands- und Pflichtarbeiter-Obsteute-Sitzung

Am Freitag, den 5. August 1932, bei 7 Uhr, Malergasse, abends 8 Uhr. Erscheinen ist Pflicht!

Mit der Jfa nach Margareth!

Die Besucherkreisorganisation der Jfa führt Sonntag, den 14. August eine Dampferfahrt nach Margareth durch. Abfahrt von der Dampferhalle der Freiheitstraße früh 9 Uhr, Ankunft in Margareth gegen 11 Uhr. Abfahrt von Margareth abends 8.30 Uhr, Ankunft in Breslau gegen 10 Uhr abends. Für Unterhaltung in Margareth ist gesorgt, u. a. Gartenkonzert, Tanz, Tombola. Auf dem Dampfer Konzert.

Fahrtpreise: Erwerblose 60 Pfg., Arbeitende 75 Pfg., Kinder 25 Pfg. Vorverkauf in den Büros aller nachstehenden Organisationen. Beteiligung auch zahlreich an dieser Veranstaltung.

Druckfehler-Berichtigung. Der Druckfehleraufschlag hat in unserer gestrigen Ausgabe wieder mal sein Unwesen getrieben. In dem Artikel: „Die SWP. hat Zuwachs bekommen“ muß es heißen: „Drehm, der in der SPD. eine hüblische Gastrolle gespielt hat.“

Zirkus Straburgers Erfolg in Breslau! Geht man ins Theater, zieht man sich gut an. Zum Zirkus bringt man Stimmung mit. Die Atmosphäre ist's, die hier Leben schafft. In der riesigen Arena glühen helle Lampen auf. Es riecht nach Herben, Samelen, Elefanten, Löwen und anderem Getier. Bunte Uniformen, geschminkte Lippen, kristallines Semigegelte, Trillerpfeife, unartikulirte Laute, Peitschenknallen und Clownsgeklache: das ist die Atmosphäre, die Zirkusstimmung. Straburger ist die Sensation des Tages. Sein Programm großartig. Straburger ruft, geht hin und Haut. Für alle Vorstellungen sind noch Billets zu haben, eilt, denn der Andrang zu Straburgers phänomenalen Zirkus ist gewaltig. Täglich zwei Vorstellungen, 3.30 Uhr und abends 8 Uhr. Sensationell niedrige Preise. Letzte Vorstellung unabwehrlich Montag, den 8. August.

anderen jagte: „Stech doch das Ding ein.“ Die Arbeiter, die darauf auf die beiden Leute aufmerksam wurden, beobachteten, wie einer derselben eine Armeepistole einsteckte. Die daraufhin alarmierte Polizei war gezwungen, eine Durchsuchung der Nazis vorzunehmen und fand dabei vier Pistolen, eiserne Stangen, Totschläger, Nähmaschinenmesser und sonstige Wapwerkzeuge.

Durch die Initiative der Arbeiterschaft war es möglich, die geplante Straferpedition der SA-Nordbanditen gegen die Marischwiker und Stabelwiker Arbeiterschaft zu verhindern. Nur durch den gemeinsamen antifaschistischen Kampf aller Arbeiter ohne Unterschied der Partei, ob SPD, SWP. oder parteilos, wird es möglich sein, dem blutigen Faschistenterror ein Ende zu machen.

Der blutige Faschistenterror in Oltaschin

Oltaschin. Zu blutigen Zusammenstößen kam es am Sonntag in Oltaschin. Gegenüber dem Wahllokal hatten sich im Gehößt des Wädrmeister Semper bzw. Gert, acht Nazis einquartiert, welche die Arbeiterschaft provozierten. Nach einigen Anrempeln, rissen die Nazibanditen zwei Propagandaschalen der SPD. und der SWP. ab. Nach einem kurzen Wortwechsel, wobei einige unserer Genossen die Herausgabe der Fahnen verlangten, stürzten plötzlich aus dem Cemperischen Grundstück ein Lastauto und auf der Straße erschienen zwei vollbesetzte Lastautos, die plötzlich hielten und über die Arbeiterschaft mit ihren Totschlägern und Stahlruten herfielen und alles niederlegten. Hierbei wurde unser Genosse Gustav Prescher mit Totschlägern und durch Messerstücke derart bearbeitet, daß er auf der Stelle liegen blieb. Wiederum andere erhielten Schläge mit Stahlruten, Gummiknüppeln und dergleichen.

Zu den acht Nazibanditen, die diesen Ueberfall organisierten und provoziert hatten, gehören besonders Labyle, Büttner, Lindner und ihr Führer Mäner. Auch Wasner, der am Wahltag morgens bereits den Ausspruch gegen Arbeiter machte: „Na, noch ein paar Stunden, dann rechnen wir mit euch ab.“ tat sich besonders dabei hervor. Auch die Worte des Kaufmanns Soznika sind beachtlich, der schon vor dem Wahltag erklärt hatte: „Den Erwerblosen gehört jedem eine Kugel durch den Kopf.“

In der Nacht vom Montag zu Dienstag, fuhren die Nazibanditen wiederum mit zwei Lastautos in die Sieblung. Sie schwärmten dort aus, leuchteten alle Türen und Fenster ab und es wurde auch beobachtet, wie sie anscheinend Munitionskisten in die Häuser schafften. In unserer vorgelegten Ausgabe berichteten wir ja bereits, daß das

Am 7. August in Breslau: Solidaritätstag der Roten Hilfe verboten!

Nun erst recht werde Mitglied der Roten Hilfe!

Verantwortlich für den politischen Teil, Provinz und Lokales: Adolf Koplewicz in Breslau. - Für die übrigen Seiten: Alfred Friedrich, Berlin. - Für Inserate: Albert Cullmann. Breslau. - Verlag u. Druck: Schlesische Verlagsgesellschaft u. b. H., Breslau, Trebitzer Straße 50.

RUND UM DEN ERDBALL

Mordender Gutsbesitzer

Nazi-Baron läßt Arbeiterfamilie ausräuchern

Piegnitz, 4. August. Vor dem hiesigen Schöffengericht fand heute die Verhandlung gegen den Rittergutsbesitzer Ludwig Proské und den Waldarbeiter Gustav Krause wegen versuchter Mordtätigkeit und gefährlicher Körperverletzung statt. Dieser Prozeß erregte in Piegnitz und in der ganzen Umgebung großes Aufsehen und löste unter der Arbeiterschaft ungeheure Empörung aus.

Dem Prozeß liegt folgender Tatbestand zugrunde: Auf dem Rittergut Proskés wohnte im vorigen Jahr der Arbeiter Karl Przybilla mit seiner Frau und drei Kindern im Alter von drei bis fünf Jahren. Eines Tages wurde Przybilla gekündigt und erhielt den Auftrag, die Wohnung sofort zu räumen. Da er weder eine neue Stelle erhielt, noch eine andere Wohnung, leistete er dem Räumungsbefehl keine Folge und blieb in der Wohnung.

Nun legten alle möglichen Schikanen seitens des Gutsbesitzers Proské ein. Die Kinder durften sich kaum auf der Straße zeigen und seitens des Gutsbesitzers wurde alles mögliche unternommen, um dem Arbeiter und seiner Familie das Leben sauer zu machen.

Da aber Przybilla die Wohnung noch immer nicht räumte, verübte der Gutsbesitzer auf ihn einen regelrechten Mordanschlag. Er erteilte dem Arbeiter Krause den Auftrag, beide Schornsteine der Wohnung mit Säcken zu verstopfen. Dieser Auftrag wurde am 2. Juni 1931 ausgeführt. Die Folge davon war, daß in der folgenden Nacht Rauch und Kohlenoxide nicht durch den Schornstein entweichen konnten, sondern restlos in die Arbeiterwohnung eindrangen, so daß diese völlig verqualmt wurde.

Die ganze Familie, Mann, Frau und alle drei Kinder, wurden vergiftet. Es ist nur einem besonderen Zufall zu verdanken, daß am nächsten Tag in früher Morgenstunde jemand in die Wohnung der Familie Przybilla kam und die Wohnung voller Gas und Rauch entdeckte. Mit Hilfe der Feuerwehr gelang es erst mit Hilfe künstlicher Atmung die Lebewesen wieder ins Leben zu rufen. Um eine halbe Stunde später wäre es zu spät gewesen. Es wäre also eine Ausräucherung im tatsächlichen Sinne des Wortes, ein regelrechtes niederträchtiges Mordattentat des Rittergutsbesitzers.

Nachdem der Oberlandjäger und der zuständige Schornsteinfegermeister mit der Untersuchung beauftragt wurden, verweigerte ihnen Proské die Schlüssel zum Hausboden. Die Ermittlungen ergaben einwandfrei, daß beide Schornsteine mit Säcken verstopft worden waren.

Das milde Urteil

Trotzdem wurde gegen den Rittergutsbesitzer die Anklage nur wegen gefährlicher Körperverletzung erhoben. Bei Gericht meinte dieser laubere Nazi-Baron, daß es ihm doch freistehe, in seinem Hause zu tun und lassen, was er will.

Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Dieser Vorfall zeigt noch einmal klar und deutlich, wie die Nazi-Barone gegen Arbeiter vorgehen. Sie wählten sich mit Hilfe der Nazis ins Mittelalter zurückverlegt.



Der in Kassel beschlagnahmte Panzerwagen der Nazis

Spiegel der Ereignisse

Nach freier Wahl

Amerika ist bekanntlich nach sozialdemokratischer und bürgerlicher Darstellung ein freies Land, das „Land der unbegrenzten Möglichkeiten“. Der Staat Ohio hat jetzt ein Gesetz geschaffen, das zeigt, daß man tatsächlich in Amerika freie Wahl und ungeheure Möglichkeiten hat. Dieses Gesetz besagt nämlich folgendes:

„Es steht jedem bis zu 3 Monaten Verurteilten frei, die Gefängnisstrafe in Prügelstrafe umwandeln zu lassen. Auf jeden Tag Gefängnis stehen 20 Hiebe.“

Jeder Bürger hat demnach die freie Wahl: Prügel oder Gefängnis.

Erläutert wird das Gesetz folgendermaßen: Gegenwärtig sind in diesem Staate alle Gefängnisse überfüllt. Der Staat ist nicht in der Lage, dem gewaltigen Andrang nachzukommen und befreit auch nicht die Mittel, neue Gefängnisse zu errichten. Die Zahl der Strafverurteilten hat in solchem Maße zugenommen, daß viele sich direkt ins Gefängnis drängen, um nicht zu verhungern. In dem Zweck hat der Staat das neue Gesetz geschaffen, um den „unheimlichen Verbrechern“ die Möglichkeit zu bieten, anstatt Gefängnis Prügel zu erhalten.

Dieses Gesetz zeugt von der Lage, in der sich gegenwärtig das reichste kapitalistische Land der Welt, die Vereinigten Staaten befinden. Hunger und Obdachlosigkeit greifen um sich. Die Gefängnisse sind überfüllt und da hat man ein Gesetz erfinden, das die „freie Wahl“ zwischen Gefängnis und Prügel schafft.

40 000 Doppelzentner Hopfen werden vernichtet

Aus Prag wird gemeldet, daß im Auftrage der Regierung 40 000 Doppelzentner Hopfen von der vorjährigen Ernte vernichtet werden, um einen allzugroßen Preissturz auf dem Hopfenmarkt zu verhindern.

Hier zeigen sich wieder einmal die Segnungen der kapitalistischen Wirtschaft. In der Tschechoslowakei entwickelt sich die Krise mit zunehmender Geschwindigkeit. Mehr als die Hälfte aller Betriebe liegen still. Im Lande oder besser gesagt unter den Arbeitslosen herrscht furchtbarer Hunger. Und um diese Zeit, da der Hunger um sich greift, gibt die Regierung den Auftrag 40 000 Doppelzentner Hopfen zu vernichten.

Die 40 000 Doppelzentner Hopfen sind nicht die einzigen Werte die vernichtet werden. Die Maschinen verrotten, Getreide verfaulen in den Speichern und die breiten Volksmassen verhungern.

In diesem Zusammenhang ist es gut, daran zu erinnern, daß in der tschechoslowakischen Regierung sieben sozialdemokratische Minister sitzen.

Welcher Partei gehört ein SA-Mann an?

Wir haben schon des öfteren darauf hingewiesen, daß die Telegraphen-Union sich einer Berichterstattung befleißigt, die auch vom Braunen Hause nicht anders gemacht werden kann. SA-Mordüberfälle auf Kommunisten münzt sie in kommunistische Ueberfälle um. Bei dieser Berichterstattung leistet sich die Telegraphen-Union auch manchmal etwas ganz groteskes. So berichtet sie aus Königsberg vom 2. August, daß 40 Personen in Haft genommen worden sind. Unter diesen 40 Personen befinden sich mehrere in SA-Uniform. Dazu schreibt die Telegraphen-Union: „Welcher Partei diese angehören, sei noch nicht festgestellt worden.“

In der Tat eine sehr schwierige Frage, festzustellen, welcher Partei ein Mann in SA-Uniform zugehört. Jedes Kind in Deutschland weiß es. Nur für die Telegraphen-Union ist es noch ein Rätsel.

Kind von Schäferhund zerfleischt

Berlin, 4. August. Ein schrecklicher Vorfall ereignete sich heute vormittag gegen einhalbzehn Uhr in Spandau. In der Kolonie „Sandwiesen“ spielte die fünfjährige He Gromann aus der Neuenborfer Straße 96 mit dem Schäferhund einer betrauten Familie. Plötzlich wurde das Tier wild, fiel das Mädchen an, riß es zu Boden und brachte dem Kind mehrere furchtbare Bißwunden am Kopf bei. So wurde der kleinen He von dem wütenden Hund ein Ohr zerfleischt und mehrere klaffende Schädelverletzungen beigebracht.

He Gromann kam ins Spandauer Krankenhaus, wo sie in bedenklichem Zustande daniederliegt. Der Hund wurde einem Polizeitierarzt übergeben, um auf Tollwut untersucht zu werden.

Schmugglerkrieg an der Grenze

Die Schmuggler gehen kolonnenweise vor

Köln, 4. August. Der Schmuggel an der deutschen Westgrenze hat in der letzten Zeit trotz Verstärkung der Zollbeamten ungewöhnliche Ausmaße angenommen. Während die Schmuggler früher in Gruppen von 10 bis 12 Mann auftraten, bilden sich jetzt Kolonnen von 200 bis 300 Mann, die von Belgien und Holland aus die Grenze zu überschreiten suchen.

Diese Kolonnen treten mit großer Dreistigkeit auf. Sie warten nicht erst den Schutz der Dunkelheit auf. Sie kommen am hellen Tage den Kordon der Zollbeamten und befolgen dabei eine Taktik ähnlich der Sturmtrupps im Kriege.

In der vergangenen Nacht hatten sich am Moresnetter Weg auf belgischer Seite etwa 200 bis 300 Schmuggler angesammelt, die über die deutsche Grenze marschieren wollten. Obwohl der Zollfahndungsdienst sein Hauptaufgebot an dieser gefährdeten Stelle konzentriert hatte, gelang es den Beamten nicht, die

Schmuggler aufzuhalten, die die Kette der deutschen Beamten durchbrachen. Die Schmuggler hatten den Durchbruchversuch sorgfältig vorbereitet und legten sich auf Signale in Marschbewegung. Die Zollbeamten gaben zuerst Schreckschüsse ab und feuerten dann scharf. Zwei der Schmuggler wurden schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Schließlich wurde die Lage so bedrohlich für die Grenzbeamten, daß das Ueberfallkommando aus Maaßen zur Unterstützung herbeigerufen werden mußte. Erst jetzt gelang es, die Schmuggler zurückzudrängen, die wieder über die deutsche Grenze nach Belgien flüchteten. Man befürchtet, daß in den nächsten Nächten wiederum derartige Versuche von Schmugglern gemacht werden, in Maaßen die Grenze zu überschreiten. Die gesamte Landjagd ist deshalb in den gefährdeten Bezirken in Alarmbereitschaft gesetzt worden.

Fünf Menschen durch Blitzschläge getötet

In Warschau, 4. August. Warschau und Umgebung wurden am Mittwochnachmittag von einem außerordentlich heftigen Gewitter, das besonders im Bezirk Lutów wütete, heimgesucht. Durch Blitzschläge fanden insgesamt fünf Menschen den Tod und weitere zwölf haben zum Teil sehr schwere Verletzungen davongetragen. So schlug in dem Orte Gronzowla der Blitz in eine Gruppe von acht Kindern ein von denen eines sofort getötet und die übrigen sieben schwer verletzt wurden. Desgleichen schlug der Blitz in der Nähe des Gutshofes Kujaw in einen Getreidekober ein. Unter dem Dach des Getreidekober befanden sich sieben Landarbeiter, die vor dem Regenguß dorthin geflüchtet waren. Zwei Landarbeiter erlitten den Tod und die fünf anderen mußten mit schweren Verletzungen ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. In verschiedenen Gegenden ist großes Erntegut vernichtet worden. An einigen Stellen sind Häuser durch Blitzschläge in Brand geraten.

Schwierige Bergungsarbeiten an der „Niobe“

Die Bergungsarbeiten an dem gesunkenen Schulschiff „Niobe“ gestalten sich außerordentlich schwierig. Der über der Unfallstelle verankerte Bergungsdampfer ist zur Zeit damit beschäftigt, die Masten aus dem gesunkenen Schiff herauszunehmen und Segel und Rahen zu bergen. Während dieser Arbeiten werden Stahltroffen um den gesunkenen Schiffkörper gelegt. Dann wird das Hebeschiff über der „Niobe“ verankert und voll Wasser gepumpt, damit es sich soweit senkt, daß die Troffen an ihm befestigt werden können. Hierauf wird das Hebeschiff wieder leergepumpt. Mit dem dadurch erzielten Auftrieb wird auch die „Niobe“ angehoben werden können. Das Wrack soll in das ruhige Wasser der Kieler Förde geschleppt werden, wo dann die eigentlichen Aufrichtungsarbeiten vorantreiben gehen sollen. Tote sind bisher weder am Wrack noch an den Küsten der Nachbarländer gefunden worden.

Selbstmord im D-Zug

In der Toilette des D-Zuges Hamburg—Leipzig wurde der Kaufmann Freiherr von Dankelmann aus Rahlstedt erhängt aufgefunden. Die Gründe des Selbstmordes sind nicht bekannt.

Leichenfund am Bahndamm

Frankfurt (Oder), 4. August. Heute früh um 4.20 Uhr wurde auf Bahnhof Briesen i. d. Mark bei Kilometer 62,22 eine männliche Leiche aufgefunden, deren Kopf vom Rumpf getrennt war. Der Tote war im Besitz eines amerikanischen Passes, der auf den Namen Samuel Tallmann lautet, und eines Jahresausweises von Bremen nach Neubentzen.

Der vorgefundene Jahresausweis läßt vermuten, daß der Getötete einen nach Neubentzen fahrenden Nachtzug benutzt hat und herausgehört ist. Dem Zugpersonal, das die Nachtzüge begleitet, ist von dem Vorfall nichts bekannt.

Explosionsunglück in der „Deurag“

III. Hannover, 4. August. In Misburg bei Hannover auf dem Grundstück der Erdöl-Raffinerie „Deurag“ entstand am Donnerstagmorgen eine Gas-Explosion, bei der sieben Personen schwer verletzt wurden.

Sechs polnische Soldaten durch Blitzschlag getötet

Warschau, 4. August. In der Nähe der Ortschaft Pomurk (Polhynien) wurde eine von einer Uebung heimkehrende Abteilung polnischer Soldaten von einem ungemein starken Gewitter überrascht. Durch einen Blitzschlag wurden sechs Soldaten auf der Stelle getötet und weitere sechs schwer verletzt.

Großfeuer auf der Seebrücke in Great Yarmouth

London, 3. August. Durch ein Großfeuer wurde in Great Yarmouth etwa die Hälfte der dortigen Landungsbrücke zerstört. Der Tanzsaal und der Musikpavillon, die erst im vorigen Jahr neu erbaut waren, brannten vollständig nieder. Das Feuer brach in den Morgenstunden aus. Gegen Mittag waren die Löscharbeiten noch nicht beendet. Die Flammen schlugen 40 Meter hoch. Die Ursache des Brandes ist auf unvorsichtiges Fortwerfen einer brennenden Zigarette zurückzuführen.



Die Synagoge in Kiel, auf die die Nazis am 3. August einen Bombenanschlag verübt haben

Waldenburg

Die Wahlen im Hungerland

Seit dem 21. April 1932, an dem die Landtagswahlen stattfanden, entschieden sich 4106 Arbeiter und Arbeiterinnen im Stadt- und Landkreis Waldenburg mehr für die kommunistische Partei. 17.235 Wähler entschieden sich für den außerparlamentarischen Kampf, haben sich freigegeben von der Illusion, daß mit dem Stimmzettel der Faschismus und der blutigerie Nationalismus geschlagen werden kann. Diese Massen werden bereit sein, wenn die Partei des Proletariats, die KPD, zum Kampf ruft, ihr zu folgen und mit ihr zu streuen.

In allen Wahllokalen des Stadt- und Landkreises war ein Stimmzuzuwachs zu verzeichnen. In den Orten Friedland, Gählenau, Gausdorf, Lehmsdorf, Nieder-Salzbrunn, Rosenau und Wästelgiersdorf erhielt die Liste der KPD. mehr Stimmen als die Liste der SPD. In Reimswalbau wurden für die KPD. 44 Stimmen abgegeben, während die SPD. keine Stimme erhielt. In den meisten Orten wurde die Stimmenzahl von der Reichstagswahl vom 14. September 1930 wesentlich überbritten.

Der Wahlerfolg im Hungerland ist um so höher zu werten, da unserer Partei die Geldmittel zur Propaganda nicht zu einem Bruchteil zur Verfügung standen, die andere Parteien aufwenden konnten. Außerdem führen vor allen Dingen in Wahlkundgebungen der SPD. und Nazis große und größte Kanonen auf, während in unseren Versammlungen Genossen aus den Betrieben und von der Stempelstelle zu ihren Klassengenossen sprachen.

Die Arbeiterschaft war die letzten Tage und Nächte auf der Straße, worauf auch der verhältnismäßig ruhige Verlauf des Wahltages zurückzuführen ist. Der rote Massenelbstschutz wird auch in der Zukunft alle Angriffe der Faschisten erfolgreich abwehren und verhindern. Nach der Wahl heißt es alle Kräfte zusammenschließen und Massenaktionen gegen Hunger und Faschismus zu organisieren. Dann erst ist der Wahlerfolg ein wirklicher Erfolg für die Arbeiterschaft. Also vorstoßen.

Wer macht's nach?

Waldenburg. Genosse Leo Dlugosch, Waldenburg, verkaufte an einem Tage für drei Mark Broschüren von der Partei und für zwei Mark Broschüren von der NSD. Außerdem war er an demselben Tage drei Mitglieder für die NSD. und neun Arbeiter für den proletarischen Massenelbstschutz. Genossen, nehmt euch ein Beispiel. Bei gutem Willen ist diese Literatur umzusetzen und sind viel Mitglieder zu gewinnen. Deshalb heran an die Arbeit!

Trotz Hege marschiert der Kommunismus

Ströbel. Wenn die bürgerlichen Zeitungen jetzt nach der Wahl zugeben müssen, daß sie der Ansicht waren, die KPD. würde bei den Reichstagswahlen eine noch nie erlebte Niederlage erleiden, so macht dabei natürlich die SPD. keine Ausnahme. Besonders in Ströbel war die SPD. bereits seit Wochen am Werk, ihre ganze Kraft gegen die Kommunisten einzusetzen. Die fast täglich stattfindenden Propagandaumzüge der „Eisernen“ waren nicht gegen die Hakenkreuzler, sondern in erster Linie gegen die Kommunisten gerichtet. Von der Wohlfahrtspflegerin Angres angefangen bis zum letzten Funktionär der SPD. galt die Lösung: Gegen die KPD. mit allen Mitteln.

Die SPD. führte eine Reihe von Versammlungen durch. Die Kommunisten wurden als die Feinde der Werktätigen heruntergerissen, aber man gab keinem Kommunisten das Wort zur Diskussion. Ja noch mehr. Die SPD. in Ströbel arbeitete mit denselben Mitteln, mit denen die Faschisten in den Landgegenden arbeiten. Sie jagten den Kommunisten den Saal für die einzige Versammlung, die am 29. Juli zum Wahlkampf stattfinden sollte, ab. Obwohl die KPD. bereits drei Wochen vorher für diesen Tag den Saal festgesetzt und auch vom Gastwirt Dielscher zugesichert bekommen hatte, rief die SPD. für denselben Tag in dasselbe Lokal eine Versammlung ein und der Gastwirt Dielscher gab der SPD. den Saal. Die SPD. hoffte durch diesen Schlag den Kommunisten die letzte Agitationsmöglichkeit

In Hermsdorf streiten 500 Mieter

Nieder-Hermsdorf. Am Mittwoch, dem 27. Juli, beschloßen etwa 500 Mieter der Reichseigenen und der Gemeinbewohnungen in zwei Mieterparlamenten in Florabassin und bei Knorin den Mieterstreik ab 1. August. Die Mieter wählten eine Streikleitung von 24 Kollegen. Der Mieterstreik wird in erster Linie um die Herabsetzung der Miete und den Wegfall des Wassergeldes geführt. Außerdem sind eine Reihe anderer Forderungen aufgestellt worden.

Der Gemeindevorstand droht bereits Gewaltmaßnahmen an. Der Mieterstreik sind die Methoden und Maßnahmen dieser herrschenden Klasse nicht unbekannt und werden sich auch gegen die angewendenden Maßnahmen zur Wehr zu setzen wissen. Die Mieterstreik

Ermittelte werden in Zellen gesperrt

Münsterberg. Mit welchen gemeinen faschistischen Methoden bereits die Hauspächter mit den Mietern umgehen und wie sie dabei die Unterdrückung des Behördenapparates genießen, zeigt hier die Ermittlung der Frau Knappe durch den Hauswirt und Klempnermeister Fieber. Dieser Hausbesitzer ließ die Frau ermitteln, trotzdem die Frau ihre Miete pünktlich bezahlte. Dieser Hauspächter will die Wohnung für seinen Sohn haben, der bereits in diesem Hause wohnt.

Die Sachen der Frau Knappe wurden am 22. Juni durch den Gerichtsvollzieher in eine Seitengasse gesetzt. Die Frau mußte mit ihren Töchtern, da sie keine Unterkunft hatte, die erste Nacht im Freien, unter einem Zelt zubringen. Man hat der Frau mit den Töchtern bis zum heutigen Tage noch keine Wohnung zugewiesen und alle Gesuche auf Zuweisung einer Wohnung unberücksichtigt gelassen. Die Möbel hat man inzwischen in einen Speicher gestellt, wo sie bereits verschimmeln und in kurzer Zeit vollkommen verfaulen sollen; die Frau mit ihren Töchtern wohnt in einer Zelle in einem früheren Gefängnis. Auch heute noch muß dieses Haus als Zuchthaus angesprochen werden. Die Leute müssen abends spätestens 9 Uhr im Hause sein, dann wird das Haus abgeschlossen. Morgens um 7 Uhr

ist sich darüber klar und wird sich weder durch Trostung noch durch Gewaltmaßnahmen einschüchtern lassen und den Kampf bis zur Erreichung des gesteckten Zieles führen! Wir müssen die Mieter bereits heute darauf aufmerksam machen, daß der Gemeindevorstand mit dem heutigen Apparat alles versuchen wird, um dem Kampf das Genick zu brechen. Außer Trostungen und Repressalien werden sie vor allen Dingen versuchen, die geschlossene Front der Mieter durch „Besondere Bearbeitung“ zu durchbrechen. Hier müssen die Mieter alle Anschläge mit größter Entschiedenheit zurückweisen. Sorgt dafür, daß der Kampf möglichst rasch verbreitet wird, das ist die beste Voraussetzung für den Sieg des Mieterkampfes.

wird das Haus erst wieder geöffnet und kein Mensch darf sich dem Tag über im Hause aufhalten. Hauschlüssel erhalten die Leute in diesem Hause nicht.

Die ganze Brutalität dieser Maßnahme begreift man erst, wenn man weiß, daß die Frau, um sich den Lebensunterhalt zu verschaffen, den Tag über auf die Felder arbeiten geht. Die jüngste Tochter ist noch schulpflichtig, die ältere Tochter ist hochschwanger. Aber auch sie muß alle Morgen das Haus verlassen und den ganzen Tag herumlaufen, weil sie kein anderes Unterkommen hat. Wenn sie im Hause bleibt, wird sie eingeschlossen.

Das sind nicht etwa Zustände unter Barbaren, nein, das ereignet sich im „Land der Lichter und Denker“ im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Ein Stück Faschismus schlimmerer Art, brutale Unterdrückung und Knechtung der Armen und Hilfslosen. In vielen Orten Schlesiens haben die Werktätigen bereits in solchen Fällen durch proletarische Selbsthilfe den Betroffenen eine Unterkunft gesichert. Die herrschende Klasse mit den faschistischen Kapitalstreichen lassen mit ganzer Wucht die Kräfte auf die Protesten laufen. Nur der enge Zusammenhalt, nur die antifaschistische Aktion kann diesem faschistischen Terrorregime ein Ende setzen.

Schuffen bei Hungerlöhnen und Maulhalten

Schweidnitz. Sogenannte Notstandsarbeiten führt man jetzt auch in Schweidnitz durch. Ein gewisser Robert Heimlich, Schachtmeister aus Waldenburg (Sa. Herzberg, Schweidnitz) sah einen Arbeitslosen, der etwa fünf Säge mit einem Kollegen sprach, der verurteilt ist, zu einem Hundelohn von 48 Pfennig die Stunde zu schuffen. Schon sprang Heimlich hinzu und wollte den Arbeitslosen wegjagen, weil er angeblich schuld sei, daß die Leute wenig arbeiten. Als ihm nun die Frage gestellt wurde, ob „seine“ Leute Korrigenden seien, war S. etwas verduht und wollte das anders meinen. Um seinen Namen gefragt, war er so feige, diesen zu verschweigen.

Kollegen Notstandsarbeiter und Wächterarbeiter, so hat Mussolini in den Betrieben Italiens angefangen. Jedes Wort, jede Meinung „seiner“ Arbeiter hat er verboten. Mit Hebeverboten fängt es an, mit Zuchthaus und Standrecht will Hitler und seine Mörderbanden „regieren“. — Für einen so elenden Hungerlohn sollt ihr schuffen und trücht euch dabei ein Arbeitskollege an, dann sollt ihr nicht reden dürfen. Laßt euch das nicht bieten, zeigt euren Aufpassern, daß ihr redet, mit wem es euch paßt. Helft, daß eure Bedrücker und deren Auftragsgeber einmal selber mit Hacke und Schaufel arbeiten müssen. Nur in einem Sowjetdeutschland werden solche Hungerlöhne und faschistische Methoden verschwinden. Helft darum alle als Unterdrückte, daß recht bald der Herrschaft dieser Ausbeuter ein Ende gesetzt werden kann.

Achtung, Presse!

Schweidnitz. Bestellungen für „Illustrierte Neue Welt“ (monatlich 15 Pfennig), „Neuland“ (monatlich 30 Pfennig) und „Moskauer Rundschau“ (pro Exemplar 20 Pfennig) nimmt entgegen: B. Siegert, Schweidnitz, Herrenstraße 22. Bei Anfragen Rückporto beilegen! Auch werden Abonnements für Auslandszeitungen vermittelt.

Wann gibt es das Lichtgeld?

Sagan. Wie wir erfahren, hat der Magistrat in einer seiner letzten Sitzungen nunmehr zur Frage des Lichtgeldes Stellung genommen. Nach langen Diskussionen wurde das Lichtgeld mit Wirkung ab 1. Juli beschlossen. Alle Hilfsbedürftigen, die weder Gas noch Elektrizität haben, erhalten 2 Mark Petroleumgeld monatlich. Die festgesetzte Norm des Gases beträgt für alle 2 Mark. Bei Gas und Elektrizität jedoch kann, falls dieser Satz nicht erreicht ist, die Zählermiete erlassen werden, sobald der Satz im Verbrauch nicht überschritten ist. Zehn Kubimeter Gas, fünf Kilowattstunden Strom sind bewilligt; wer beides hat, erhält sechs Kubimeter Gas und zwei Kilowattstunden Strom von der Rechnung abgeleitet.

Wer macht's nach?

Sagan. Der Arbeiter P. B. aus Sagan, welcher parteilos ist, verkaufte in drei Tagen 60 Broschüren, sammelte für die rote Hilfe 4.50 Mark und machte als Mitglied der NSD. den Versammlungsleiter bei einer öffentlichen Wahlversammlung auf dem Lande, wo es ihm gelang, die Vorbedingungen zur Schaffung der kämpfenden Einheitsfront herzustellen.

Klaus Heim's Hof in Flammen!

Furchtbare Wut herrscht bei den Nazis, weil Klaus Heim sich nicht für das Dritte Reich mißbrauchen läßt. Sie brüten Rache! Dieser aufrechte Bauer ist ihnen im Wege, sein Hof soll in Flammen aufgehen. Bis in das einzelne haben die Nazis die den schändlichen Plan ausgearbeitet. Nun wollen die gestellten Verbrecher diese Schandtat den Kommunisten in die Schuhe schieben, aber weit gefehlt! Wir erinnern daran, daß vor einem halben Jahre der Mittelbauer Reichhalter auf dieselbe Weise mundtot gemacht werden sollte, weil er wahrheitsgemäß von seiner Reise durch die Sowjetunion berichtete.

Legt den faschistischen Brandstiftern das Handwerk! Bildet sofort auf allen Dörfern Bauern-Kampfkomitees! Nun erst recht organisiert die Wahl von Bauern-Kampfkomitees-Delegierten. Schließen muß als Antwort auf dieses faschistische Verbrechen anstatt einen, zwei Delegierte zum Oktober mit der Bauerndelegation nach der Sowjetunion entsenden. Sammeln und anderes Material für den Unterbezirk zugehen. Ortsgruppen, fordert das Material an! Steigert die Aktivität! Wer sendet von euch einen Kleinbauern nach der Sowjetunion? Wer will die Spitze erobern und gegen die faschistischen Brandstifter auf die Straße gehen?

Revolutionärer Dank allen Antifaschisten!

ZK. der KPD. an alle Kommunisten, Antifaschisten und Wahlhelfer

Die Kommunistische Partei hat durch eure Opferbereitschaft und revolutionäre Aktivität einen glänzenden Sieg errungen! Ihr habt euch tapfer geschlagen!

Ihr habt der Schlammslut der bürgerlichen Journalle, der Lügenflut faschistischer und sozialdemokratischer Propaganda, ihr habt dem Mordterror der braunen Banden getrotzt und den Feinden des werktätigen Volkes und der Arbeiterklasse eine granitene Mauer entgegengestellt!

Ihr habt den Einbruch der terroristischen Braunhemden, die Niederbrennung von Arbeiterwohnungen, Partei- und Gewerkschaftshäusern in Tausenden von Arbeitervierteln verhindert! Ihr habt die Naziwelle zum Stillstand gebracht! Ihr habt der SPD., die die Antifaschistische Aktion zersetzen und zerrümpeln wollte, eine Niederlage beigebracht. Ihr habt Hunderttausende ehemals sozialdemokratische Wähler, Landarbeiter und Kleinbauern und sogar Zehntausende von Naziwählern erobert und sie der kampfschlüssigen Antifaschistischen Aktion, habt sie der revolutionären Bewegung zugeführt!

Ihr habt mit beispielloser Zähigkeit eure Pflicht erfüllt!

Ihr habt durch euren Großalarm in den Wahltagen und in der Wahlnacht, durch die millionenstarke Kampfbereitschaft der Antifaschistischen Regimenter den in verschiedenen Bezirken Deutschlands geplanten Gewaltmarsch der Nazis verhindert! Treppauf, treppab, von Dorf zu Dorf seid ihr gelangt, keine Mühe habt ihr gescheut. Tag und Nacht habt ihr eure Kraft geopfert, um den 31. Juli zu dieser gewaltigen Heerschau für den Kommunismus, für ein sozialistisches Rätedeutschland werden zu lassen.

Eure zähe und mutige Arbeit ist von großem Erfolg gekrönt worden: Die Kommunistische Partei hat einen bedeutsamen Sieg erlitten. Sie hat mehr als 1,5 Millionen neuer Wähler gegenüber der zweiten Präsidentschaftswahl und beinahe 700.000 neue Wahlstimmen gegenüber der Reichstagswahl von 1930 gewonnen. Dieser Erfolg der KPD. ist die Frucht eurer beispiellosen aufopfernden Arbeit.

In brüderlicher, engster Kampfverbundenheit spricht das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei euch Mitgliedern der KPD., der revolutionären Massenorganisationen, euch RGO.-Mitgliedern und oppositionellen Gewerkschaftlern, den roten Sportlern, dem proletarischen Massenselbstschutz, euch Kämpfern der Antifaschistischen Aktion, euch tapferen Jugendlichen und Frauen, und allen revolutionären Arbeitern den heißen revolutionären Dank, die rückhaltlose Anerkennung aus! Euch allen drückt die kommunistische Parteiführung kameradschaftlich die Hand. Euch allen ruft die Kommunistische Partei zu:

Jetzt keine Minute Stillstand, weiter vorwärts. Antifaschistische Aktion

Die Blutströme unserer vom Faschismus niedergemetzelten Genossen und Kameraden mahnen zur höchsten Kampfbereitschaft! Noch diszipliniert und opferbereiter die Arbeit durchgeführt! Jetzt trägt die Antifaschistische Aktion in die Betriebe, an die Stempelstellen und in die Dörfer. Die 5,3 Millionen kommunistischer Wähler müssen aktive revolutionäre Kämpfer werden! Vorwärts, wir werden und müssen im Kampfe gegen den Faschismus und seine Handlanger die Sieger sein!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Oesterreich in den Klauen des französischen Imperialismus

Nicht nur Deutschland, sondern auch Oesterreich hat einen Lausanner Vertrag. Freilich, dieser Lausanner Vertrag ist ganz anderer Inhalts, sein Wesen jedoch ist das gleiche: ein brutales Diktat des französischen Imperialismus über ein ganzes Volk.

Diesen Lausanner Vertrag hat die christlich-sozialistische Regierung vollst. abgeschlossen, angeblich um durch eine Anleihe Oesterreich vor dem vollständigen finanziellen Ruin zu retten.

Wie es um die „Rettung“ durch diese Anleihe bestellt ist, kann man daran erkennen, daß die Anleihe kaum die Summe von drei Millionen Tollar überschreitet. Von den bewilligten 60 Millionen Schilling wurden 40 Millionen gleich für rückständigen Zinsdienst für ausländische Anleihen einbehalten und die restlichen 20 Millionen dürfen auch nur für den gleichen Zweck verwendet werden. Sogar bürgerliche Zeitungen schreiben von der „Tragödie Oesterreichs“ und vom Verkauf des österreichischen Volkes um ein Püniengericht an Frankreich.

Um was geht es hier? Oesterreich befindet sich in einem Zustand, wo die Krise einen kaum noch zu übertreffenden Höhepunkt erreicht hat. Vor kurzem wurde der letzte Hochsaison in Donau- und Heimatsmärkten Industriezentrum Oesterreichs, ausgebläht. Die Zahl der Arbeitslosen wächst mit rascher Geschwindigkeit. In dem „sozialistischen“ Wien ist heute jeder Dritte arbeitslos. Noch schlimmer ist es in der Provinz. Hunger und Storbud greifen um sich. Die Not ist unbeschreiblich. Auch das Kleingewerbe und die Bauernschaft ist in ungeheurer Weise von der Krise erfaßt. Bankrotte, Ermittlungen und Selbstmorde sind an der Tagesordnung.

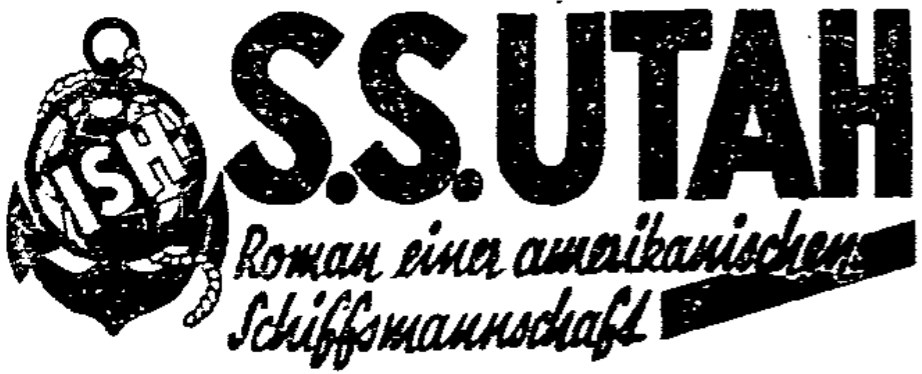
Dazu kommt noch der vollständige Verfall der Wärluta. Im Lande selbst wird der Schilling künstlich auf einem Nominalwert gehalten. Im Auslande aber wird der Schilling mit 40 Prozent unter dem Nominalwert gehandelt. Die Regierung hat eine Einfuhrsperre verhängt, nicht offiziell, aber faktisch, indem sie den Importeuren keine Devisen mehr gibt. Dadurch ist auch der letzte Rest von Handel und Verkehr vollständig ins Stoden geraten.

Oesterreich zahlt ungeheure Zinsen für die Anleihe aus den ersten Nachkriegsjahren und besonders für die Anleihen, die es auf Grund des Wiener Protokolls des Jahres 1922 bekommen hat. Durch den katastrophalen Devisenabwärt war die Regierung vor einigen Monaten nicht mehr in der Lage, Auslandszinsen zu zahlen und stand vor der Frage der Erlassung eines Moratoriums. Die bloße Ankündigung genügte, um an der Weltbörsen Kurseinbrüche auszulösen. Frankreich beeilte sich, „Interesse“ für Oesterreichs Not zu zeigen. Die imperialistischen Staaten erklärten sich bereit, Oesterreich unter gewissen Bedingungen zu „helfen“.

Es kam dann in Lausanne der Vertrag zustande, demgemäß Oesterreich durch eine Anleihe „geholfen“ wird. Diese Anleihe ist schon infolge der geringen Summe, die sie vorstelt, nicht im geringsten geeignet, auch nur den Verfall des Schillings aufzuhalten. Was mit dieser Anleihe bezweckt ist, ist ausschließlich die Sicherstellung der Zinsen an das ausländische Kapital. Als Gegenleistung für diese „Hilfe“ wird Oesterreich unter Kuratel gestellt, wird ein ausländischer „Berater“ nach Oesterreich entsandt. Dieser ausländische Berater ist in Wirklichkeit ein Diktator über Oesterreich, er diktiert in Oesterreich im Namen des ausländischen Kapitals wie in einer imperialistischen Kolonie Diktator arbeiten einen Sanierungsplan aus, demgemäß neue indirekte Steuern erlassen werden sollen und rechnungslehrende Beamte auf Pfählen gesetzt werden. All das nur, um den Zinsendienst für das ausländische Kapital zu sichern. Außerdem steht der Vertrag von Lausanne vor, daß Oesterreich vollständig politisch und strategisch in den Dienst des französischen Imperialismus gestellt wird, d. h. daß Oesterreich zu einer französischen Kolonie, die finanziell, wirtschaftlich und militärisch nach der Pfeife Frankreichs tanzen muß.

Es ist begreiflich, daß sich unter der Arbeiterenschaft Oesterreichs ein Sturm der Empörung über diesen neuen Pakt der nationalen Schmach und Verslavung erhoben hat. Die Sozialdemokratische linke Opposition, erklärt, daß sie gegen diesen Schandvertrag sei, unternimmt aber nicht das geringste, um die vollständige Umwandlung Oesterreichs in eine französische Kolonie zu verhindern. Es ist charakteristisch, daß die Abgeord-

Mike Pell:



Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

4. Fortsetzung

„So geht's doch vor den Köpfen auf und ab. Er mußte an die Segelgänge denken, auch dort gab es herumhüpfelnde Offiziere. Und warum haben die immer nur das, was sie hören wollen? Warum sah der Kapitän nicht, daß das Logis schief werden mußte? Daß auf den Toiletten die Zigaretten fehlten, daß es anderwärts an Glühbirnen, an Waschseifern mankelte? Warum sah der Speckschneider die besitzigen Untertassen nicht, die kaputten Tragematratzen, das verrostete Esstischgitter? Warum sah der Steuermann die zerbrochenen Bullaugen nicht, die defekten Ventilatoren im Mannschiffslogis? — Drei Gläser ertönen. Der dritte Majhünist kam zur Kontrolle voran.“

„Na, junger Mann, du räst ja auf und ab wie ein wildgewordenes Manometer. Fehlt dir was?“

„Achso! Verdauungsstauungsgang.“

★

Der nächste Morgen war angebrochen. Die drei Offiziere machten ihre Runden. Vor den Toiletten blieben sie plötzlich stehen. Da packte vor dem ersten Klo ein Papptat:

„Hierher gucken, Herrschaften!
Es fehlen Klo-Bretter!“

Am leeren Birnenstiel im Mittelgang hing ein zweites:
„Hier fehlt eine Birne, Herrschaften!“

Der Kriegsbrand in Südamerika

Auf zwei Kontinenten rast bereits die imperialistische Kriegsfurie / Proletariat, nur euer entschlossener Kampf zur Beseitigung des bankrotten Systems kann allen Kriegsgreueln ein Ende bereiten

New York, 4. August. Der bolivianische Großangriff auf Puerto Casado, ein wichtiger strategischer Punkt am Paraguayan-Stich ist noch im Gange. Bolivien hat die paraguayischen Forts Corrales, Toledo und Bougueron bereits besetzt. Die Kanfen von La Paz haben der Regierung von Bolivien eine größere Kriegsanleihe gewährt.

Die Regierung von Paraguay verfiel die Bevölkerung mit Gasmasken, da sie im Fall der Kriegserklärung einen bolivianischen Luftangriff befürchtet. Außerdem wurden Maßnahmen zur Streckung der Lebensmittel getroffen.

Der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay ist in vollem Gange. Nachdem im Fernen Osten schon seit vielen Monaten Bombengeschwader und Kanonen die imperialistische Politik bestimmen, löst auch in Südamerika die Sprache der Waffen die Sprache der Diplomatie ab.

Der Konflikt geht um das Gebiet des Gran Chaco, das nicht nur reiche unererschlossene Vorkommen enthält, sondern auch für Bolivien der einzige Zugang zum Meer ist. Bereits vor vier

Jahren, 1928, kam es zu einem kriegerischen Konflikt um dieses Gebiet.

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die kriegerischen Vorstöße Boliviens gegen Paraguay und amerikanische Imperialismus inspiriert und veranlaßt sind, während hinter Paraguay der englische Imperialismus steht, dessen Einfluß in Südamerika durch England mehr und mehr zurückgedrängt wird. Der Krieg zwischen Bolivien und Paraguay ist ein Teil des großen Ringens der beiden großen imperialistischen Mächte Großbritanniens und der Vereinigten Staaten von Amerika.

Es ist das Finanzkapital der Vereinigten Staaten, dem es nach einer Eroberung des petroleumreichen Gran-Chaco-Gebietes geflüht. Der amerikanische Imperialismus will seinen britischen Konkurrenten auch aus diesem Winkel seines Einflusses verdrängen. Die Dollarimperialisten benötigen nicht nur das Oil des Gran Chaco, sie wollen auch den Weg zum Meer haben, der eine entscheidende Position im Konkurrenzkampf der beiden imperialistischen Mächte in Südamerika bedeutet.

Vor neuer Streifverbreiterung in Belgien

Brüssel, 4. August. Da die Streifkämpfung der 100 000 belgischen Kumpels den Sozialdemokraten völlig entglitten ist, schlug ein neuer Versuch der Streifabwägung nach fünfwöchigem Kampf vollkommen fehl. Schlichtungsverhandlungen verliefen ergebnislos. Im Limburger Gebiet sind sogar die Bergarbeiter, die auf Grund falscher Versprechungen die Arbeit aufgenommen hatten, wieder fast in die Front für fünf Prozent Lohnerhöhung, verbesserte Arbeitsbedingungen, gegen Regierungsterror eingereist. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition erfährt immer neue Tausende in verbotenen Kundgebungen, denen die Polizei ohnmächtig gegenübersteht. In Charleroi besetzten die Arbeiter neuerdings die Eruben. Die Sicherheitsmannschaften werden zurückgezogen.

Alle Anstrengungen gelten der Streifverbreiterung, die allein den Sieg garantiert. Der revolutionäre Elan der Bergarbeiter steigert die Zversicht anderer Industriegruppen in ihre proletarische Kampfkraft. Schon sprechen Regierungs- und bürgerliche Zeitungen furchtbar von der Gefahr eines neuen Generalstreiks.

Japans Angriff auf die Mongolei

Wie die chinesischen roten Partisanen ihr Land vor der Aufteilung verteidigen

Schanghai, 4. August. Die Lage an den Grenzen der Provinz Jehol wird ständig bedrohlicher. Nach einer halbamtlichen chinesischen Meldung haben die Japaner größere Truppenmassen gelandet und beabsichtigen, die ganze Provinz Jehol zu besetzen, als Vorbereitung für den Angriff auf Tientsin und Peking. Auf einer neuerlichene japanischen Landkarte ist die Provinz Jehol bereits als ein Bestandteil der Mandchurie eingetragen.

Trotz diesen Manövern der Japaner verharrt die Nanjing-Regierung nach wie vor in Untätigkeit. Auch die Generale

Nordchinas, die bekanntlich eine Konferenz einberufen haben, sind noch immer zu keinem Entschluß gekommen.

Die einzige Kraft, die China vor einer weiteren Aufteilung unter die imperialistischen Mächte verteidigt, sind die revolutionären Arbeiter und Bauern, die roten Partisanen. Um den japanischen Vormarsch aufzuhalten, haben Partisanentruppen gleichzeitig die japanischen Streitkräfte in den mandchurischen Städten Tschangtschun, Liautschang, Mukden und Zukau überraschend angegriffen und Erfolge erzielt. Etwa 1000 chinesische Freischützer haben die japanische Garnison in der mandchurischen Hafenstadt Zukau in der Liautungbucht angegriffen und in Bedrängnis gebracht. Ein japanischer Kreuzer und drei Zerstörer landeten daraufhin Seesoldaten und Matrosen, die in den Kampf eingriffen.

Sowjethandelsvertreter in Ägypten ausgewiesen

London, 4. August. Einer Meldung der „Times“ aus Kairo zufolge hat der ägyptische Innenminister den sowjetrussischen Handelsvertreter aufgefordert, bis zum 25. August das Land zu verlassen.

Der sozialdemokratische Bürgermeister von Wien, Seiz, hat dem Faschisten und Schuldigen am Blutbad des 15. Juli 1927, dem Arbeiterfeind Prälat Dr. Seipel, ein Ehrengrab gewidmet.

An Deck vor dem Heizkessel lag eine verpixte Matratze mit einem Schild darauf:

„Aufpassen! Zum Fütze reinigen!“

Die Offiziere wechselten Blicke miteinander. Im Logis war niemand zu sehen. Die Aftwache schlief in den Kojen. Die übrigen Vornachleute waren alle an der Arbeit.

★

VI.

„Hör die Flöte über Bord!“

Morgens zwischen 4 und 6 wurde mittschiffs gesubjet und geschauert. Pfläuberer Deck für die Passagiere, wenn sie morgens aus ihren Kabinen kommen! Lag hatte Rudertörn*). Slim und Eddie legten die Bräde und die Salondecks. Zwischendurch zählte Eddie die Zigarettenstippen. „Nur vierzehn heute! Die Passagier-Zigaretten scheinen bald alle zu sein!“ Dann plötzlich: „St, he, Slim!“ Er hielt einen Ruderquast hoch.

„Huuh, stinkt wie ein Hurenhaus! Ich wette, der gehört der Konjunktischer. Gestern nacht, als ich die Ventilatoren trimmte, sah ich sie und den zweiten Steuermann auf dem Bootsdeck hinterm Schornstein. Oh, bog, ich war drauf und dran ihn anzubrüllen: Bewegung, Zweiter! Ich bin am Törn!“

Slim lachte. Der Junge palawerte wie ein Kafadu weiter. Er legte die Hände auf seinen Bauch: „Ich hab' Kohldampf! Was meinst du, Slim?“

„In Ordnung!“

Auf den Zehenspitzen schlich der Junge in die Salonpantry*) Slim stand Schmiere. Mit einem Klumpen unter dem Hemd kam Eddie zurück. Er signalisierte Slim nach der Messe hin. Hier packte der Junge Käsestullen, kaltes Hühnchen, Kaviar-Sandwiches und Oliven aus: Nachlunch der Passagiere für ihre harte Arbeit beim Potern. „Hau rein, Slim, oh bog, der dreißige Speckschneider würde die Krämpfe kriegen, wenn er wüßte. — Was meinst du, soll ich dem Professor auch noch den Kalao kauen?“

„Ne, unjere Klauerei werden wir mittschiffs besorgen.“

*) Rudertörn = Steuerwache.
*) Küche für Passagiere und Offiziere.

Sie aßen sich satt. Dann gingen sie zurück an die Arbeit. Es wurde Tag. Die Sonne warf rote Flammen über den Himmel. Die See war weich und warm wie ein Federbett. Die Beiden fühlten sich wohl und die Arbeit ging rasch von der Hand. Als sie den Schlauch nach vorne brachten, brüllte hinter ihnen eine wütende Stimme: „He, stopp die Flöte!“ Slim wollte nichts hören und piff weiter. Der Befehl wurde wiederholt. Lauter:

„He, hiep die Flöte über Bord!“ Slim sah auf. Aus dem Ruderhausfenster hing der Steuermann heraus und glogte ihn an

VII.

Captains Diner.

Am Montag sollte „SS Utah“ Kopenhagen anlaufen. Am Sonntagabend gab der Kapitän „seinen“ Passagieren ein festliches Diner. Den ganzen Sonntag hindurch rastete der Speckschneider von vorn nach achtern, von achtern nach vorn und quälte mit wichtiger Stimme seine Befehle. Sogar die Passagiere nahmen die Sache ernst. Die alte Mrs. Seaham, reich genug, um in jeder Jahreszeit ihre Adresse ändern zu können, sah stundenlang vor ihrem Toiletentisch in krampfhafter Bemühung, die Falten ihres verwitterten Gesichtes zu vertilgen. Mr. Harold Thomas Bentley, der glattköpfige englische Wettagent, manüvierte seine Fingernägel und schnitt sich sorgfältig die Borsten aus den Nasenlöchern. Er persönlich hielt den Kapitän für einen alten Egel. Aber er hoffte doch, daß der Alte nicht so sehr mit Schnaps und Zitör sparen würde. Die Fraubes Steuermanns, eine Engländerin, die schon manchen Mann gefannt hatte, verbrachte den ganzen Nachmittag damit, ihre 180 Pfund ausgewählter Delikatessen in alle möglichen Bauchbändern, Büstenhalter, Korsetts und Seidenhöschen zu verstaufen. Der Alte selbst beschäftigte sich hinter zugezogenen Gardinen damit, seinen salzigen alten Kadaver mit den Raffinesse der Jivifikation zu traktieren, und rief frei weg Parfüm „fleurs d'amour“ in seine Achselhöhlen. Der Gong schlug. Der Marsch begann. Flaggen aller Anlaufhäfen schmückten den Salon. Nur die Flagge der Sowjetunion fehlte. Kalte Platten, Salate, gefüllte Oliven, Käse in allen Farben und gedruckte Menüarten sind angenehmer. Die Tische waren prächtig beladen. Reglos, als ob er in die Hosen geschissen hätte, stand der Speckschneider in weißer Uniform inmitten dieser Pracht.

(Fortsetzung folgt.)

Im verschärften Tempo vorwärts in der Antifaschistischen Aktion

Reichstagswahlen im Zeichen der Antifaschistischen Aktion — im Zeichen der steigenden Widerstandskraft des Proletariats

Die unerhörten Angriffe der deutschen Bourgeoisie auf der ganzen Front, die es der Bourgeoisie bisher im großen Umfange gestatteten, die Lasten der sich immer mehr verschärfenden ökonomischen Krise auf das Proletariat und die werktätigen Schichten abzuwälzen, sind in den letzten Wochen und Monaten in immer größerem Maße auf den Widerstand des Proletariats gestoßen. Dieser Widerstand des Proletariats, besonders gegen den Unterdrückungsraub bei den Wohlfahrtsempfängern, gegen den Mordterror der SA., und die schon durchgeführten Protest- und politischen Massentritte der Betriebsarbeiter, zwangen die deutsche Bourgeoisie dazu, die Methoden und Mittel ihres Angriffes erneut zu verschärfen.

Die Papen-Regierung, die vor acht Wochen an Stelle der Brüning-Regierung die Geschäftsführung der deutschen Bourgeoisie übernahm, hatte die unmittelbare Aufgabe, die Verschärfung im Tempo der Ausplünderung und Unterdrückung durchzuführen. Die letzten 14 Tage vor der Reichstagswahl haben in besonders krasser Form gezeigt, daß die Papen-Regierung die Aufträge der deutschen Finanzkapitalisten mit allen Mitteln durchzuführen wird.

Die letzten vierzehn Tage vor den Wahlen, der 20. Juli hat gezeigt, daß die Papen-Regierung die Renierung der Aufrichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland ist.

Aber trotz der Verschärfung des Angriffes der Bourgeoisie, trotz der Steigerung des Terrors der SA.-Banden, einer unerhörten Hege und Verleumdungskampagne gegen die KPD., der Vertrauensmanöver der SPD. und der Nazis an den werktätigen Massen, ist es der kommunistischen Partei gelungen, neue Hunderttausende in Deutschland für den antifaschistischen Kampf, für die Steigerung der antifaschistischen Aktion, für die kämpfende Einheitsfront zu gewinnen.

Noch bei den Preußenwahlen im April 1932 mußten wir feststellen, daß der revolutionäre Aufschwung in Deutschland zum Stillstand gekommen ist, ja sogar rückläufige Tendenzen zeigte. Seit den Preußenwahlen, seit dem Aufruf des ZK. der KPD. „An alle deutschen

Arbeiter“, seit dem Aufruf des ZK. der Partei und des Reichskomitees der KPD. zur Antifaschistischen Aktion, hat die kommunistische Partei einen großen Teil dieses Tempoverlustes aufgeholt.

5,3 Millionen haben sich bei der Reichstagswahl zur KPD., zur Führerin im täglichen Kampf gegen den Kapitalismus, zu Organisatoren der proletarischen Revolution bekannt. 1930 betrug der Anteil der KPD.-Stimmen an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen 13,1 Prozent, bei den Wahlen zum Preussischen Landtag 1932 11,7 Prozent und bei den Reichstagswahlen 1932 14,3 Prozent. Das ist ein gewaltiges Anwachsen der proletarischen Klassenkräfte, die aber nicht nur im Stimmenerfolg der KPD. allein zum Ausdruck kommen, sondern deren Gewicht vor allen Dingen darin besteht, daß die 700 000 neuen antifaschistischen Kämpfer gewonnen sind vor allem aus dem Lager des Sozialfaschismus.

Der Verlust der SPD. im Reichsmaßstabe bei diesen Reichstagswahlen ist reißlos von der KPD. gewonnen worden und noch 100 000 Stimmen darüber hinaus.

Ein großer Teil dieser 100 000 Stimmen sind dem Hitlerfaschismus abgerungen worden, der in den wichtigsten industriellen Bezirken wie Düsseldorf-West, Westfalen-Süd, Köln-Nachen, Koblenz-Trier, Berlin, Oppeln, Potsdam II gegenüber den Landtagswahlen 1932 Tausende von Stimmen verloren hat.

Die Naziwelle ist damit in den industriellen Bezirken schon zum Stehen gebracht.

Dieser Erfolg der KPD. war nur möglich durch die sahe Kleinarbeit im Betrieb und Stempelstelle. Parlamentarische Wahlerfolge sind nur möglich, je stärker der außerparlamentarische Kampf gesteigert wird. Das ist durch diese Reichstagswahl noch einmal eindringlich bekräftigt worden. Deshalb ist jetzt die Hauptaufgabe:

Die Antifaschistische Aktion, die mit den Reichstagswahlen nicht abgeschlossen ist, weiter zu steigern, wobei der parlamentarische Wahlerfolg der Partei uns wesentlich helfen wird, mit noch größerer Kühnheit, mit noch mehr revolutionärem Elan besonders die

uns, da diese Entwicklung im Wahlkreis Breslau, trotzdem hier die Hochburgen des Zentrums, Neurober Bergbaurevier, Olager Bergland, liegen, in der Richtung einer absolut absteigenden Linie des Zentrums liegen. Man kann daran erkennen, daß

die Verluste des Zentrums

vor allen Dingen Industriearbeiter sind, das uns um so mehr veranlassen muß, eine stärkere Konzentration auf die Zentrumsarbeiter durchzuführen.

Die Deutschnationalen haben in beiden Wahlkreisen gegenüber den Reichstagswahlen 40 000 Stimmen verloren; im Wahlkreis Liegnitz betrugen die Verluste schon bei der Landtagswahl nur rund ein Viertel der Verluste im Wahlkreis Breslau. Diese Verluste im Liegnitz bei den Landtagswahlen sind aber jetzt bei den Reichstagswahlen wieder zu einem Teil aufgehoben worden. Diese Tatsache unterstreicht das schon bei der Analyse der Nazistimmen-Erfolge Gesagte und zeigt, daß die Reserven der Nazis auch in den ländlichen Wahlkreisen ziemlich erschöpft sind.

Das Gesamtergebnis der Wahlen hat die Schwierigkeiten der Bourgeoisie besonders durch das Anwachsen der kommunistischen Stimmen nicht erleichtert, sondern in bedeutendem Maße erhöht. Je größer die Schwierigkeiten der Bourgeoisie werden, je mehr nehmen die Differenzen im Lager der Bourgeoisie zu und schwächen die Bourgeoisie; deshalb muß der Hungerturm der Bourgeoisie jetzt nach den Reichstagswahlen noch brutaler durchgeführt und der Ausbau der faschistischen Diktatur in schnellerem Tempo durchgeführt werden. Unter Einfluß der braunen Mordgarden, wie das schon der Ueberfall auf kommunistische Funktionäre in Königsberg gezeigt hat, unter noch weiterer Legalisierung der SA., indem man ihnen die Polizeigewalt überträgt, wie das Oldenburg, Braunschweig und Lübeck zeigen. Mit noch stärkerem Terror will die Bourgeoisie den Widerstand der Arbeiterklasse brechen und möglich machen die Durchführung des noch geplanten Unterdrückungsabbaus, dem sofort ein neuer Abbaugriff auf die Löhne der Arbeiterklasse folgen wird.

Der Gesamtkurs der Bourgeoisie zeigt aber, daß bei dem Ausbau der faschistischen Diktatur sie auf die parlamentarische Kulisse nicht verzichten will. Die Bourgeoisie fordert eindeutig, daß das Papen-Kabinett umgebildet werden muß unter

Einbeziehung der Nazis in die Reichs- und Länderregierung

Die Nazis sind zu einer solchen Mitarbeit absolut bereit, und sie werden ihren Anhängern erklären, daß das nur eine vorübergehende Lösung sei um die ganze Macht zu erobern. Mit dieser Parole sollen die Naziwähler erneut an Hitler gefesselt werden. Da aber die Nationalsozialisten und Deutschnationalen keine Mehrheit im neuen Reichstag haben, muß zu dieser Mehrheit entweder das Zentrum herangezogen werden, das dieses umgebildete Papen-Kabinett toleriert,

oder aber durch Ausschaltung der kommunistischen Abgeordneten, durch Verbot der KPD. und Kassierung ihrer Mandate eine Rechtsmehrheit im Reichstage hergestellt werden.

Eine Tolerierung durch die Zentrumsparlei würde die Nationalsozialisten sowohl wie das Zentrum vor ihren Wählermassen offen diskreditieren, da dadurch der Kampf der Nazis gegen die Systemparteien, zu der sie das Zentrum zählen, entlarvt würde, und auf der anderen Seite die antifaschistisch eingestellten Zentrumsarbeiter in harte Opposition zur Zentrumsführung gebracht werden. Der Kurs der Bourgeoisie auf Kassierung der kommunistischen Mandate wird aber noch bestimmt durch die Tatsache, daß die Kommunisten und Nazis die Mehrheit im Reichstag haben, und die Ausschaltung der Kommunisten im Reichstage für die Nazis eine Entlastung wäre.

Die Antifaschistische Aktion, die eine Steigerung des außerparlamentarischen Kampfes vor den Wahlen brachte, die zum Stimmenerfolg der Kommunisten führte und die Schwierigkeiten der Bourgeoisie erhöhte, muß jetzt mit aller Energie weiter fortgeführt werden. Unser Kampf gegen den Kapitalismus, gegen den Ausbau der faschistischen Diktatur wird nicht beeinflusst von irgendwelchen parlamentarischen Kombinationen der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie verteidigt den Kapitalismus und hat dabei die volle Unterstützung aller ihrer Lakaien und ihrer sozialen Hauptstütze, der Sozialdemokratie. Sie will die Lasten der Krise weiter abwälzen auf die werktätige Bevölkerung.

Betriebe und Gewerkschaften in die Antifaschistische Aktion

einzu beziehen. Der

Bezirk Schlesien

mit seinen beiden Wahlkreisen Breslau und Liegnitz hat insgesamt 1 454 828 Stimmen erreicht, davon im Wahlkreis Breslau 99 383 und im Wahlkreis Liegnitz 55 245. Wir erhielten um 30 000 Stimmen mehr als bei den Reichstagswahlen 1930, und um 38 000 mehr als bei den Landtagswahlen 1932. Der prozentuale Anteil an der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen in beiden Wahlkreisen zeigt auch im Bezirk das Anwachsen der Klassenkräfte des Proletariats und auch ein Aufholen gegenüber dem Reichsdurchschnitt. 1930 bei den Reichstagswahlen wurden abgegeben 7 Prozent für die KPD., 1932 bei den Landtagswahlen 6,5 Prozent und bei den Reichstagswahlen 1932 8,3 Prozent.

Die SPD. hat in beiden Wahlkreisen seit den Reichstagswahlen 1930 66 000 Stimmen verloren. Davon hat die SPD. 9000 Stimmen behalten bzw. bei den Landtagswahlen 1930 von der SPD. gewonnen, und 27 000 Stimmen, die die SPD. verlor, konnten von der KPD. noch nicht gewonnen werden, sie sind zum übergroßen Teil ins Lager der Indifferenten abgewandert, wie wir das schon bei der Analyse der Preußenwahlen festgestellt haben.

Mit dieser Tatsache zeigt sich insbesondere die Schwäche unserer Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften, was durch die Beispiele Breslau-Stadt und Stadt- und Landkreis Waldenburg, dem Bergarbeiterrevier in Schlesien, bewiesen werden kann.

In Breslau-Stadt hat die SPD. seit den Reichstagswahlen 1930 21 000 Stimmen verloren, davon hat die SPD. 6000 bekommen, die KPD. hat 6500 gewonnen; und bei 8500 Arbeitern war es nicht möglich, diese durch die kommunistische Partei zur kämpfenden Einheitsfront zu führen. In Waldenburg Stadt- und Landkreis hat die SPD. seit den Reichstagswahlen 1930 4500 Stimmen verloren, wovon die KPD. nur 1300 gewinnen konnte. Es ist aber damit auch der Beweis erbracht, daß die Einschätzung der SPD. als „linke“ Filiale des Sozialfaschismus absolut richtig ist, denn sie hat es besonders in Breslau verhindert, daß die kommunistische Partei die SPD.-Arbeiter in schnellerem Tempo von der sozialfaschistischen Führung löst. Aber nicht nur in Breslau, wo die SPD. ihren stärksten Stützpunkt hatte, sondern im ganzen Bezirk hat sich diese

verbrecherische Rolle der SAP

bemerkbar gemacht, und ihr Vorhandensein die reißlose Gewinnung der von der SPD. abwandernden Wählermassen durch die KPD. verhindert. Sie ist verantwortlich dafür, daß große Teile sozialdemokratischer Wähler indifferent geworden sind, und sie hat damit die revolutionäre Massenfront geschwächt.

Die SAP. ist aber in ihrer verräterischen Rolle von der Arbeiterschaft erkannt worden; ihr stärkster Stützpunkt im Reich, Breslau, hat eine vernichtende Niederlage erlitten. Von ihren 12 000 Wählern in Breslau-Stadt sind nur noch 6000 übrig geblieben. In beiden Wahlkreisen ist sie von 17 000 auf 9000 herabgeunken. Durch dieses Aufreißen der SAP. ist der Weg freigemacht worden zur schnelleren Gewinnung der SPD.-Arbeiter und ihre Einbeziehung in die kämpfende Einheitsfront.

Die Nationalsozialisten

konnten in beiden Wahlkreisen seit den Landtagswahlen 1932 noch 63 000 Stimmen gewinnen. Im Wahlkreis Breslau gewannen sie

33 000 und im Wahlkreis Liegnitz 30 000 Stimmen. Das bringt zum Ausdruck, daß die Faschisierung der anderen bürgerlichen Parteien im Bezirk noch nicht abgeschlossen ist.

Dieses Ergebnis enthält aber auch noch zu gleicher Zeit Merkmale dafür, daß auch im Bezirk die Naziwelle bald zum Stehen gebracht werden kann.

Im Wahlkreis Liegnitz haben die Nationalsozialisten relativ mehr Stimmen gewonnen, gemessen an der Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten. Damit kommt zum Ausdruck, daß, was im ganzen Reichsmaßstabe gilt, daß in den agrarisch stärkeren Wahlkreisen die Nazis bei diesen Wahlen am meisten gewonnen haben. In dem industriellen stärkeren Wahlkreis Breslau kommt die Erschöpfung der Reserven der Nazis am Breslauer Wahlergebnis zum Ausdruck. Da in Breslau die Nazis nur noch 1904 Stimmen gewinnen konnten, während die KPD. in Breslau seit den Landtagswahlen 8500 Wähler gewinnen konnte.

Zu dem weiteren Vormarsch der Nazis im Bezirk Schlesien muß aber noch festgestellt werden, daß in unserem Grenzbezirk die chauvinistische Welle ein besonders großes Ausmaß angenommen hat.

Die Zentrumsparlei hat im Bezirk Schlesien insgesamt gegenüber den Reichstagswahlen 1930 über 7000 Stimmen verloren, hat aber heute noch eine Stärke von über 116 000 Wählern in beiden Wahlkreisen. Durch beide Tatsachen muß die Aufmerksamkeit der gesamten Partei auf das Zentrum im Bezirk gelenkt werden, da unter den 116 000 Zentrumswählern ein großer Prozentsatz Arbeiter sind, und daß weiter der Verlust der Zentrumsparlei in unserem Bezirk gegenüber der allgemeinen aufsteigenden Linie des Zentrums im Reich uns veranlassen muß, die Zentrumsarbeiter, die in unserem Bezirk im stärkeren Gegensatz zur großkapitalistischen Politik des Zentrums stehen, in den Kampf gegen den Kapitalismus einzubeziehen. Im Wahlkreis Liegnitz hat das Zentrum gegenüber den Reichstagswahlen 1930 rund 1300 Stimmen verloren, aber gegenüber den Landtagswahlen 1932 rund 1600 Stimmen von den Verlusten bei den Landtagswahlen aufgeholt. Das ist deshalb bedeutsam für

Gegen Faschismus und Ausbeutung geht unser Kampf!

Unsere Aufgaben sind deshalb in die Antifaschistische Aktion stärker einzubeziehen, die Betriebe und die Verstärkung unserer innergewerkschaftlichen Arbeit. Dadurch verstärken wir den Kampf um die Gewinnung der sozialdemokratisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, dadurch erschweren wir es den Sozialfaschisten, die außerparlamentarische Tolerierung der Papen-Regierung durchzuführen. Wir müssen sofort gebietsweise Betriebsrätekonferenzen u. Betriebsbelegiertenkonferenzen organisieren, um auf breiter Front den Kampf führen zu können. Sofortige Organisierung von Oppositionskonferenzen der freien Gewerkschaftler.

Verstärkung der Arbeit auf dem Lande, Eroberung der faschistischen Hochburgen durch eine systematische Landpropaganda, die Einbeziehung der Güter und Domänen in die Antifaschistische Aktion.

Um den Unterdrückungsraub durchzuführen zu können, werden

die Stempelstellen für Tage und Wochen geschlossen, deshalb muß sofort mit der Erfassung der Erwerbslosen im Wohngebiet ernst gemacht werden. Ueberall Registrierung der Erwerbslosen im Wohngebiet, Wahl von Wohngebietsvertrauensleuten, um jederzeit die Erwerbslosen mobilisieren zu können.

Noch kühnere Fortführung unserer Einheitsfrontpolitik

Dort, wo die Voraussetzungen bestehen, sofortige Organisierung antifaschistischer Delegiertenkonferenzen, wo die bestehenden Einheitsfrontorgane zu einem GebietsEinheitsauschuß der Antifaschistischen Aktion zusammengefaßt werden. Wir müssen den Klassenkampf auf eine höhere Stufe heben, wir müssen

Enthüllte

Mordinstruktionen an Hitlers SS.

Nazi-Terror soll KPD.-Verbot erzwingen!

Aus verschiedenen Städten gehen uns Berichte über Instruktionen zu, die die SS. vor dem Wahltag von ihren Führern erhalten hat. Heber einstimmend wird berichtet, daß die SS. die Anweisung erhielt, unter allen Umständen das „Material“ für ein Verbot der KPD. zu schaffen.

Die SS.-Führer gaben folgende Instruktion:

Nach allem zu rechnen, bekommen wir nicht die absolute Mehrheit. Wir sehen also, daß wir gezwungen sind, mit jedem Experiment — wenn auch noch so grausam — zu versuchen, an die Macht zu kommen. Zunächst taucht die Frage auf: Wie gelangen wir legal zur Macht? Es gibt hierfür drei Wege:

1. Den Weg der absoluten Mehrheit;
2. die KPD zu Handlungen zwingen, welche das Verbot dieser Partei zur Folge haben;
3. Selbst Morde und Verletzungen zu inszenieren und auf die KPD. abzuführen.

Der erste Punkt ist soviel wie aussichtslos.

Der zweite Punkt muß durch die uniformierten SA- und SS.-Leute, und zwar durch ganz erprobte, tüchtige Führer, ohne Wissen der Mannschaften, geschehen.

Diese Führer haben die Aufgabe, uniformierte kleine Gruppen durch die Arbeiterviertel zu führen. Hier werden sie bestimmt angegriffen. Da die Leute der KPD. nicht diszipliniert sind, werden sie sich auf die uniformierten SA- und SS.-Leute stützen. Die einzelnen Zwischenfälle werden also nicht harmloser Natur bleiben. Inzwischen wird die Polizei davon Kenntnis erhalten. Wenn die Polizei auch nicht immer eingreift, so haben die Berichte der Polizei doch großen Wert, da sie vom Reich gesammelt werden. Diese Meldungen gelangen zum Reichsinnen- und Reichswehrministerium.

Im übrigen muß der Befehl von Mund zu Mund gehen, daß die SA. und SS., wenn sie nur von Gegnern angesprochen wird, sofort zur Offensive, d. h. zum Angriff übergehen. Den Gegnern müssen hier schwere Verluste beigebracht werden. Die Handlung muß aber so geschickt angefaßt werden, daß es immer den Anschein erweckt, als hätten die Kommunisten angegriffen und die SA. und SS.-Leute wären nur in Notwehr gewesen.

Punkt 3. Im Verein mit Punkt 2 kommen wir zu Punkt 3, welcher der wichtigste ist. Es bedeutet dies, die Illegalität unserer Seite der KPD. aufzuwachen.

Hier müssen nur ganz zuverlässige, intelligente, alte SA- und SS.-Männer, alle mit Schußwaffen ausgerüstet, verwendet werden. Anzug: Räuberzivil, Revolver, Messer, Totschläger.

Punkt 2 wird noch nicht zu einem Verbot der KPD. ausreichen. Reichswehrminister Schleicher braucht aber ausreichende Gründe. (Speziell die Auslandspresse ist hier zu berücksichtigen.)

Die örtlichen Verhältnisse müssen bei dieser Handlung berücksichtigt werden, da es sich um eine Reichsmaßnahme handelt.

Das Kommando (Terrorabteilung) hat die Aufgabe, in dunklen Straßen und von der Polizei entlegenen Orten Passanten besseren Eindrucks anzufallen, dieselben ohne Wortwechsel zusammenzuschlagen und dann sofort zu verschwinden. Fahrzeuge mit hellen Nummern (dieselben werden mit Folienbandstreifen geändert und sind beim Abgehen der Mannschaften sofort und leicht zu entfernen) müssen bei derartigen Fällen zum sofortigen Abtransport dieser Gruppen bereit stehen. Es ist zu empfehlen, bei böser Witterung die Ausflugsorte aufzusuchen und in der Nähe von Wäldern und Baumgruppen bei einbrechender Dunkelheit vorartige Akte auszuführen. Als Fahrzeuge sind meistens Motorräder zu verwenden, da dieselben nicht auf Straßen anzuweisen sind. Die Leute müssen Antifa-Beizehen auch auf Stoffhüte, an Ort und Stelle liegen lassen. Es müssen hier alle Mittel angewandt werden, um die Polizei auf Irrwege zu führen. Bei einer evtl. Verfolgung müssen sogar einzelne Polizeiorgane zum Opfer werden.

Gesamtzusammenfassung

Es ist vom Führer Adolf Hitler die Legalität der NSDAP. gegenüber dem Reichswehrminister General von Schleicher betont worden.

Die Wahlen werden eine absolute Mehrheit nicht ergeben. Ein Zusammengehen mit anderen Parteien ist nach außen hin nicht möglich, da dies eine Abkehr der aktiven Kämpfer bedeuten würde. Da aber die SA- und SS.-Leute nur im Bündnis der NSDAP. und Deutschnationalen Volkspartei die absolute Mehrheit anerkennen und auf eine baldige Entscheidung drängen, besteht für die Partei nur der eine Weg, durch eine Gewaltaktion zum Siege zu kommen.

Für die Parteileitung beginnt jetzt wohl der schwerste Kampf. Politische und militärtechnische Differenzen müssen ausgeglichen werden.

Das Verbot der KPD. muß aber erreicht werden.

Die NSDAP. und die Deutschnationale Volkspartei können dann die wichtigen Ministerien besetzen.

Es muß bei der Presse darauf hingewiesen werden, daß in nächster Zeit alle kleinen Uebervälle ausgebaut werden. Wo der Führer Adolf Hitler in der Nähe ist, müssen die nationalsozialistischen Zeitungen von Attentaten auf Adolf Hitler groß in ihren Blättern melden.

Die nächsten Verhandlungen müssen ergeben, mit welchem Tempo verschiedene Aktionen ausgeführt werden.

Durchkreuzt diese Pläne!

Diese Instruktionen sind verbrecherisch und unannehmlich. Aber wir betonen, im vollen Bewußtsein unserer Verantwortung der Arbeiterklasse gegenüber, daß die Meldungen über diese Instruktionen aus absolut sicherer Quelle stammen.

Die furchtbaren Taten selbst, die verbrecherischen Terroraktionen der Hitlertruppen in Königsberg und in allen Teilen des Reiches, die Schreibweise der Nazipresse, bestätigen die Instruktionen.

Die Arbeiterklasse kennt jetzt die Pläne der faschistischen Führung. Es heißt, sie zu durchkreuzen. Jetzt schart euch erst recht um die kommunistische Partei, verteidigt eure Partei, verteidigt die Freiheit der Arbeiterklasse! Stärkt die Reihen der Antifaschistischen Aktion und verdoppelt eure Anstrengungen, um die irreführenden proletarischen Anhänger über das Verbrechen der Naziführer aufzuklären!

Weil die Naziführer ihre Entlarzung fürchten, wollen sie das Verbot der KPD. erzwingen!

Sie täuschen sich! Keine Unterdrückungsmaßnahme kann sie vor der Entlarzung retten! In immer größeren Massen erkennen die Werktätigen den politischen Betrug und den Verbrechercharakter der Naziführung.

Die rote Einheitsfront wird den Faschismus besiegen!

Im verschärften Tempo vorwärts in der Antifaschistischen Aktion

(Schluß)

in schnellem Tempo die Voraussetzungen schaffen zur Auslösung des politischen Massenstreiks in den Betrieben. Den gesteigerten Angriffen der Bourgeoisie müssen wir mit der schärferen Waffe des Massenkampfes begegnen.

Ausbau des roten Massenselbstschutzes zur Abwehr der Naziprovokationen, Ausbau von Staffeln des roten Massenselbstschutzes besonders in den Betrieben. Die Mitglieder der braunen Morbstürme müssen aus den Betrieben entfernt werden.

Je stärker wir uns in der Antifaschistischen Aktion, in den Massen verwurzeln, um so weniger wird es der Bourgeoisie gelingen, durch ein Verbot der Partei ihre Aktionsfähigkeit herabzumindern. Das setzt aber voraus, daß jeder Kommunist, jede Zeitung bis in die unterste Einheit in der Partei eigene kühne Initiative entwickelt zur Führung des Massenkampfes des Proletariats und der Werktätigen. Das setzt voraus eiserne geschlossene Disziplin und Abwehr jedes Versuches, die Partei zu zerlegen, das heißt unbedingte Durchführung der gefaßten Beschlüsse.

Um den Wahlerfolg der kommunistischen Partei zu festigen, muß aber auch jetzt mit um so größerer Initiative herangegangen werden, die neugewonnenen antifaschistischen Kämpfer und die Reihen der Antifaschistischen Aktion zu festigen. Deshalb muß das Millionenbekenntnis der Arbeiter zur kommunistischen Partei, zur verstärkten Werbung für die kommunistische Presse, steigert den Vertrieb unserer Massenbroschüren. Gegen alle Anschläge der Bourgeoisie, die Agitationsmöglichkeiten der KPD. einzuschränken, Herausgabe von örtlichem Material, Betriebs-, Häuserblock- und Dorfzeitungen.

Kommunisten, Antifaschisten an die Arbeit! Der parlamentarische Erfolg der kommunistischen Partei muß zum außerparlamentarischen Siege in den Tageskämpfen ausgenutzt werden!

BL. der KPD. Schlesien

Frauen!

Fort mit der Regierung der Barone!
Durch rote Einheit zur Herrschaft der Arbeiterklasse!

SPD.: Papen das „kleinere Uebel“!

Es ist so weit! Schon hat die SPD.-Presse begonnen, offen für die Unterstützung der Papen-Regierung einzutreten. So schrieb am 2. August die sozialdemokratische „Meklenburger Volkszeitung“:

„Mit politischem Weitblick gesehen, muß auch diese Wahl der Arbeiterschaft und dem Sozialismus zum Besten dienen; denn so sehr Schleicher und Hitler zum Teil unter einer Decke spielen, so wenig sind sie doch dasselbe. So sehr der Arbeiterschaft eine vorläufige Generalsdiktatur gegen den Strich geht, so sehr wäre Faschistenherrschaft in Deutschland doch das weit schlimmere Uebel.“

Die SPD.-Führer, die zwei Jahre lang die Brüning-Diktatur offen unterstützt haben, erklären jetzt bereits, daß die Papen-Regierung das „kleinere Uebel“ sei, dieselbe Regierung, die sie bisher als das Kabinett der Nazi-Barone bezeichneten. Schon bisher haben die SPD.-Führer das Papen-Regime unterstützt, indem sie jeden Kampf der Arbeiter gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu verhindern suchten.

Jetzt verlangen die SPD.-Führer offen, daß die Arbeiter die Papen-Diktatur unterstützen sollen. SPD.-Arbeiter, erkennt, daß diese Politik in das grauenhafteste Elend, zur schärfsten faschistischen Unterdrückung der Arbeiterklasse führt! Erkennt, daß es notwendig ist, gegen den Willen der SPD.-Führer die rote Einheitsfront zu schließen, um im entschlossenen Kampf, in wuchtigen Streiks die Angriffe des Unternehmertums abzuwehren, die Freiheit der Arbeiterklasse zu verteidigen, die Arbeiterforderungen durchzusetzen.

SPD.-Arbeiter, her zu uns!

Eilen Sie!
CIRCUS
STRASSBURGER
spielt
nur noch
4 Tage
Platz an der Jahrhunderthalle
Täglich 3, 30 u. 8 Uhr.
40 Spritzenleistungen.
Billigste Eintrittspreise.

Dienstag früh 6.30 Uhr, verschieden unser lieber Vater, Gatte und Schwiegervater, der Bäcker
Oskar Brächtel
im Alter von 64 Jahren an einem chronischen Lungenleiden und Unterernährung. Mit der Bitte um Teilnahme
Die trauernden Hinterbliebenen
Breslau, Adolfstr. 3
Beerdigung: Freitag, nachmittags 3 Uhr, vom Friedhof Oswitz, Halle 2, Tor 6, aus

Neu übernommen!
Achtung Hausfrauen!
Eure Einkäufe tätigt beim
Fleischmeister Robert Berg
Breslau, Sandstr. 13
Niedrigste Preise
Neu übernommen!

Fleisch- und Wurst
Richard Krusch
Breslau, Adalbertstraße 15
Klosterstraße 49
Matthiasstraße 166
Neue Taschenstr. 30
Tiergartenstraße 26

Wick-Kristall
Vasen, Schalen, Kerzen, Zerküßler, noch handgemalte Porzellan bis auf weiteres zu jedem nur noch unerschwinglichen Preise
Maria Becker
Alte Taschenstraße Nr. 3-5 an der Ohlauer Straße

Freie Turn- und Sportvereinigung Freiburg
Sonntag, den 7. August, nachmittags 3 Uhr, im Wilhelmsbad
Großes Schwimmfest
unter Mitwirkung auswärtiger Vereine
Eintrittspreis: 30, 20 und 10 Pfg.
Es ladet freundlichst ein
Der Vorstand

Liegnitz
Kaufhaus Guttfeld
Liegnitz, Ring 20/21
Seit 1879 gut und billig

Deine Einkäufe
machte bei Inserenten dieser Zeitung!
Die anderen wollen dein Geld nicht!

Proletton
-Tonillmbühne
Gabitzstraße 20
Höfchenstraße 49
Beginn 5.30 Uhr, 7 Uhr und 8.30 Uhr
Ab Freitag, den 5. August bis Donnerstag, den 11. August
Wir bieten:
Ein Varieté-Programm
1.) **R. Oberig** Der Meister im Kunstspielen
2.) **P. Tschöpel** ein humoristisch. Zauberkünstler
Wir bieten:
Spitzenfilme!
Melodie der Liebe
mit Szöke Szakall und Richard Tauber
Neueste Tonwomenschau
„Der Stumme von Porticie“
eine heitere Ehekomödie mit Szöke Szakall...
Preise ab 60 Pfg. — werbslose wochentags bis 50 Prozent
Arbeiter-Sportkartell